

# dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018

## AKTUELLES

Bildung der Eltern entscheidet über Schulerfolg der Kinder .....	2
Bericht: Viel zu wenige Kitaplätze für die ganz Kleinen .....	4
Mehr Kinder mit psychischen Problemen in Therapie .....	6
Ministerpräsidentenkonferenz ringt um Einigkeit bei Digitalpakt .....	7
YouTube-Chefin ruft zu Protest gegen EU-Urheberrechtspläne auf .....	9
Humboldt Forum stellt Highlights vor .....	10
Startup-Monitor: NRW überholt Berlin .....	11

## KULTURPOLITIK

Ärger vor dem Jubiläum - Debatte um Bauhaus .....	13
20 Jahre Bundeskulturbeauftragte(r).....	15

## BERUF UND WEITERBILDUNG

Tausende Flüchtlinge finden Jobs .....	18
Prognose: Mehr unbesetzte Lehrstellen in NRW .....	19

## FORSCHUNGSPOLITIK

«Probenspeicher der Superlative» .....	21
Europäische Weltraumorganisation: «Klarer Kurs» gegen US-Konkurrenz ...	22

## HOCHSCHULE

Viele Studenten in Sachsen müssen jobben .....	26
Humboldt-Uni stellt keine Studenten für Arbeit in Bibliotheken mehr ein .....	27

## SCHULE

Linke fordert rasche Reaktionen auf hohen Schwund im Lehramtsstudium ..	32
130 Schulleiterstellen in Berlin unbesetzt .....	33

## VORSCHULE

Niedersächsischer Städtetag fordert Reform der Erzieherausbildung .....	37
---	----

## URTEILE

Sozialgericht kritisiert fehlenden Unfallschutz auf dem Weg zur Kita.....	40
---	----

## TERMINE

.....	44
-------	----

Verantwortlich: Iris Auding +49 30 2852 32275  
dossier.bildungsforschung@dpa.com

## AKTUELLES

### Bildung der Eltern entscheidet über Schulerfolg der Kinder

**Berlin (dpa)** - Kinder aus sozial schwächeren Familien haben in Deutschland deutlich schlechtere Erfolgschancen in der Schule als Akademikerkinder. Aber die Schere zwischen den Bildungschancen der benachteiligten und der privilegierten Schüler wird kleiner, wie OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher bei der Präsentation einer neuen Studie sagte.

Es handelt sich um eine neue Auswertung der jüngsten PISA-Daten, die am 23. Oktober veröffentlicht wurde. PISA ist eine große Schulleistungstudie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Demnach erreichen die Kinder von Eltern mit hohen Abschlüssen deutlich häufiger selbst akademische Zeugnisse als Kinder von Eltern mit geringeren Abschlüssen.

**ABSCHLÜSSE:** Nur knapp 15 Prozent der Erwachsenen mit Eltern ohne Abitur erreichen in Deutschland ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Im Durchschnitt der meisten OECD-Länder sind es immerhin 21 Prozent. In Neuseeland schließen rund 39 Prozent dieser Menschen ein Studium ab, in Finnland 34 Prozent - in Tschechien dagegen nur 3,6 Prozent. Fast jeder vierte schafft in Deutschland allerdings einen höheren Bildungsabschluss als die Eltern. Im OECD-Durchschnitt sind das mit 41 Prozent deutlich mehr, in Korea sogar 57 Prozent, in Finnland 55 Prozent. Besonders wichtig ist das, weil die Abschlüsse über die Berufschancen entscheiden: Bei den Hochschulabsolventen liegt die Arbeitslosenquote nur bei etwa der Hälfte der ohnehin vergleichsweise geringen Quote in Deutschland.

**NACHTEILE:** Schon in der Schule kommt es oft nicht zu einer Durchmischung von benachteiligten und weniger benachteiligten jungen Leuten. So zeigt der Bericht, dass 46 Prozent der Schüler mit sozialer und ökonomischer Benachteiligung Schulen besuchen, die viele benachteiligte Schüler versammeln. Im OECD-Schnitt sind es sogar noch etwas mehr (48 Prozent), in Finnland etwa sind es hingegen nur 40 Prozent. Und diese Durchmischung macht oft den Unterschied: Laut den OECD-Experten erreichen benachteiligte Schüler in nicht benachteiligten Schulen deutlich bessere Leistungen.

**VERBESSERUNGEN:** Ob beim Lesen, in Mathe oder den Naturwissenschaften - bei den Leistungen sieht man laut OECD in den vergangenen Jahren deutliche Verbesserungen in Deutschland, was die Abhängigkeit vom sozio-ökonomischen Status anbelangt. Zwar liegen Schüler aus sozial schwächeren Familien laut jüngstem PISA-Test 2015 in den Naturwissen-

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - AKTUELLES

schaften im Schnitt so stark hinter den privilegierten Kindern, dass der Leistungsunterschied dem Lernstand von drei Schuljahren entspricht. Die OECD-Bildungsexperten erklären bei den Naturwissenschaften 16 Prozent der Leistungsunterschiede mit dem sozialen Hintergrund. Knapp zehn Jahre zuvor waren es aber noch 4 Prozentpunkte mehr.

**WEITERE VERBESSERUNGEN:** Schon in früheren OECD-Publikationen zeigten sich auch positive Trends. Seit gut zehn Jahren ist der Anteil der Unter-Drei-Jährigen, die einen Kindergarten besuchen, um 20 Prozentpunkte gestiegen. In kaum einem anderen Land ist der Anteil benachteiligter Schüler mit soliden Leistungen so deutlich gewachsen wie in Deutschland - von 25,2 im Jahr 2006 auf 32,3 Prozent 2015. Der Großteil der jungen Erwachsenen hat Abitur oder einen Berufsabschluss.

**HINTERGRÜNDE:** Mittlerweile ist der PISA-Schock 17 Jahre her. Damals zeigte die OECD, dass die Leistungen der deutschen Schüler unterdurchschnittlich und stark an die soziale Herkunft gekoppelt waren. Und trotz aller Verbesserungen zieht sich Benachteiligung auch heute oft die ganze Bildungslaufbahn durch: So besuchen Kinder von Müttern mit Spitzenabschlüssen weit häufiger eine Kita als Kinder ohne einen solchen Bildungsstatus.

**WAS DIE OECD RÄT:** Bildungsdirektor Schleicher sieht viele Ansatzpunkte - im Klassenzimmer, auf der Ebene der Schulen und im Bildungssystem. Frühkindliche Bildung müsste vor allem für Familien etwa mit ausländischen Wurzeln und für Ärmere noch stärker ausgebaut werden. Auch könnten für benachteiligte Schüler und Schulen schlicht mehr Mittel fließen, meint er. Schüler mit sozialen Nachteilen sollten sich auch weniger in bestimmten Schulen konzentrieren.

**WAS NOCH GETAN WERDEN KANN:** Eine Förderung von Schulen in Brennpunktbezirken - das fordert etwa die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Dort müssten mehr Lehrkräfte eingestellt werden. Der Chef des Verbandes Bildung und Erziehung, Udo Beckmann, sagt: «Möchte man Lehrkräfte gezielt dafür werben, in Schulen in besonderen Lagen zu unterrichten, muss man sie fortbilden, ihnen die bestmögliche Ausstattung bereitstellen und sie durch multiprofessionelle Teams unterstützen.» Immer mehr Menschen engagieren sich auch in 40 000 Schul- und Kitafördervereinen und organisieren etwa zusätzliche Lernangebote, oft unterstützt von der Stiftung Bildung. Der Deutsche Philologenverband forderte eine stärkere Einbeziehung von Eltern in frühkindliche und Schulbildung.

**REAKTIONEN DER POLITIK:** Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) sagte den Zeitungen der Funke Mediengruppe, die Verbesserungen

# dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - AKTUELLES

zeigten, «dass wir auf dem richtigen Weg sind». Der Präsident der Kultusministerkonferenz, Helmut Holter (Linke), sagte der «Rheinischen Post», «höchste Priorität» habe der Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote. FDP-Fraktionsvize Katja Suding forderte, die nötige Förderung von Kindern aus sozial schwachen Familien könne mit besser ausgebildeten Lehrkräften und dem klugen Einsatz digitaler Lernprogramme erreicht werden. SPD-Bildungsexperte Oliver Kaczmarek forderte die Regierung auf, Investitionen für die geplante Schuldigitalisierung und den versprochenen Ausbau von Ganztagsangeboten voranzutreiben. Linke-Bildungspolitikerin Birke Bull-Bischoff forderte einen Bildungsgipfel mit konkreten, klaren Zielen und Maßnahmen, Zeitplänen und Finanzierungswegen.

**Basil Wegener**

## Internet:

- OECD Berlin <http://dpaq.de/zDJS6>
- OECD zu frühkindlicher und schulischer Bildung inklusive PISA <http://dpaq.de/pTDpi>
- «Zeit»-Artikel über den PISA-Schock <http://dpaq.de/1h8Rc>
- Studie IQB-Bildungstrend 2016 <http://dpaq.de/ap2yi>
- IGLU-Studie 2016 <http://dpaq.de/6oWw0>
- Bildungsbericht 2018 <http://dpaq.de/KLW4J>
- Termine KMK <http://dpaq.de/pZTqB>
- BMBF <http://dpaq.de/WuFnR>
- Koalitionsvertrag <http://dpaq.de/ZNWF0>

## Bericht: Viel zu wenige Kitaplätze für die ganz Kleinen

**Berlin (dpa)** - Trotz Investitionen von Bund und Ländern in den Ausbau von Kindertagesstätten bleibt die Suche nach einem Kitaplatz für unter Dreijährige für viele Eltern schwierig. In Deutschland fehlen aktuell noch immer 273 000 Plätze für diese Altersgruppe, wie die «Welt am Sonntag» unter Berufung auf Zahlen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln berichtet. Das entspreche einer Betreuungslücke von 11,6 Prozent. 2017 hatten dem Bericht zufolge noch 279 000 Kitaplätze für unter Dreijährige gefehlt, was einer Lücke von 12,1 Prozent entsprach. Das Bundesfamilienministerium verwies auf die «große Erfolgsgeschichte» der Kindertagesbetreuung.

Als Grund dafür, dass die Lücke kaum kleiner geworden ist, werden in dem Zeitungsbericht steigende Geburten- und Zuwandererzahlen genannt. Außerdem gebe es immer mehr Eltern, die sich einen Kitaplatz für ihr Kind wünschten. «Die Kommunen müssen sich darauf einrichten, dass sie in

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - AKTUELLES

zehn Jahren für alle Kinder ab zwei Jahren eine Betreuung anbieten müssen», sagte IW-Familienpolitik-Experte Wido Geis-Thöne der Zeitung. Seit August 2013 haben Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bundesweit einen Anspruch auf einen öffentlich geförderten Betreuungsplatz.

Experten befürchten, dass sich die Versorgungslücke in den nächsten Jahren wegen des Erziehermangels noch dramatisch vergrößert. Der familienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marcus Weinberg, forderte in der «Welt am Sonntag», die Rekrutierung neuer Fachkräfte müsse als «nationale Aufgabe» begriffen werden.

Eine Sprecherin des Bundesfamilienministerium erklärte am 21. Oktober, die «Erfolgsgeschichte» der Kindertagesbetreuung lasse sich in Zahlen messen: Allein in der U3-Betreuung seien in der vergangenen Dekade rund 400 000 Plätze geschaffen worden. Dazu leiste der Bund mit dem Sondervermögen «Kinderbetreuungsausbau» einen wichtigen Beitrag: Mit vier Investitionsprogrammen stelle der Bund von 2008 bis 2020 mehr als 4,4 Milliarden Euro zur Verfügung.

Familienministerin Franziska Giffey sagte im Deutschlandfunk: «Wir waren, als das begann mit dem Rechtsanspruch, bei 10 Prozent der Unter-drei-Jährigen im Schnitt in Deutschland. Wir sind jetzt bei über 30 Prozent. Die Tendenz ist steigend.» Auch die SPD-Politikerin verwies auf den Erziehermangel: «Wir hätten sofort mehrere 100 Kita-Plätze schaffen können in den bestehenden Einrichtungen, ohne einen einzigen Stein zu bauen, wenn wir genügend Personal gehabt hätten.»

Das Statistische Bundesamt hatte kürzlich mitgeteilt, dass immer mehr Eltern ihre Kleinkinder in eine Kita schicken: 789 600 Kinder unter drei Jahren besuchten demnach zum Stichtag 1. März 2018 in Deutschland eine Tageseinrichtung. Das sind rund 27 200 mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Den Statistikern zufolge gab es Anfang März bundesweit 55 933 Kindertageseinrichtungen, 640 mehr als zum Vorjahreszeitpunkt. Bei den unter Dreijährigen sind es der Statistikbehörde zufolge vor allem Zweijährige, die in einer Kita betreut werden: Von ihnen besuchten im März 2018 knapp 63 Prozent eine Kita.

Im Bundestag wird gerade ein «Gute-Kita-Gesetz» beraten. Damit sollen Deutschlands Kitas besser und für Geringverdiener kostenlos werden. Bis 2022 sollen dafür 5,5 Milliarden Euro vom Bund an die Länder fließen. Das Familienministerium will mit den Ländern in jeweils einzelnen Vereinbarungen festhalten, wie die Mittel verwendet werden.

# **Mehr Kinder mit psychischen Problemen in Therapie**

**Hannover (dpa)** - Sie haben Kopf- oder Bauchschmerzen, sind leicht reizbar oder fühlen sich ständig erschöpft: Wegen stressbedingter Beschwerden und psychischer Krankheiten sind immer mehr Schülerinnen und Schüler in Behandlung. Das geht aus einer Auswertung der Versichertendaten der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH) in Hannover hervor. Hochgerechnet handele es sich um etwa 1,1 der insgesamt rund 9 Millionen 6- bis 18-Jährigen in Deutschland, teilte die KKH am 24. Oktober mit.

Als Ursachen gelten der hohe Leistungsdruck durch Schule und Eltern, digitale Reizüberflutung, Mobbing in sozialen Netzwerken sowie Versagensängste. Im Jahr 2017 waren rund 26 500 bei der KKH versicherte Kinder und Jugendliche wegen Anpassungs-, Angst- oder Schlafstörungen, Burnout, Depression sowie somatoformen Störungen in Therapie. Letztere sind Beschwerden oder Schmerzen, die keine erkennbare organische Ursache haben. Im Vergleich zu 2007 stiegen die Behandlungszahlen vor allem bei den 13- bis 18-Jährigen teils um mehr als 100 Prozent.

Die Daten zeigten auch, dass psychische Erkrankungen besser erkannt werden als früher, sagte Marcel Romanos, Leiter der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie am Würzburger Universitätsklinikum.

Nach Angaben der Studie des Robert Koch-Instituts zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland waren zuletzt etwa 16,9 Prozent der Kinder und Jugendlichen psychisch auffällig. Dem Kinder- und Jugendreport der DAK-Gesundheit zufolge hatten sogar 26 Prozent der Jungen und Mädchen psychische Leiden. «Kinder sind unter Druck in Deutschland», sagte Romanos.

Auslöser für einen Klinikaufenthalt sei oft Mobbing. Ein Beispiel könne sein, dass eine 13-Jährige ihrem Freund per Smartphone ein Nacktfoto von sich schickt, dieser das Bild dann in Chats verbreitet und das Mädchen massiv unter Druck gerät und den Schulbesuch verweigert. Auch Kinder, die eine Angststörung oder Konzentrationsproblematik mitbringen, erleben dem Jugendpsychiater zufolge schneller Stress als andere.

Franziska Klemm, Psychologin bei der KKH, ermutigte die Eltern, ihre Kinder zu stärken. «Ein Baum mit starken Wurzeln ist widerstandsfähiger», sagte sie. Wichtig sei eine Wertschätzung und Anerkennung für alles, was das Kind bereits erreicht hat.

«Durchschnittliche Leistungen werden weniger akzeptiert», beobachtet auch Romanos. Dies gelte für Eltern, die eine Drei als schlechte Note sehen, aber auch für Freunde und Medien. «Kinder können emotional über-

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - AKTUELLES

fordert sein, wenn Eltern krank sind, wenn sie nicht Modelmaße haben oder nicht die hippe Kleidung wie ihre Freunde.»

Nach einer Forsa-Umfrage im Auftrag der KKH unter rund 1000 Eltern leidet jeder vierte 13- bis 18-Jährige unter stressbedingter Müdigkeit und Erschöpfung. 22 Prozent klagen über Kopfschmerzen. Bei den 6- bis 12-Jährigen sind 13,5 Prozent von Bauchschmerzen und genauso viele von Erschöpfung betroffen.

Laut dem Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen sind Lehrerinnen und Lehrer und Schulleitungen sensibler für die seelische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen geworden. «Lehrkräfte wenden sich an Eltern, wenn sie psychische Auffälligkeiten sehen», sagte die Vorsitzende der Sektion Schulpsychologie, Meltem Avci-Werning, der Deutschen Presse-Agentur. Auch die zunehmende Beschleunigung und Komplexität rufe Stress bei den Heranwachsenden hervor.

Avci-Werning sieht insbesondere Handlungsbedarf bei der Wiedereingliederung von Schülerinnen und Schülern nach einer längeren Fehlzeit, sei es nach einer Depression, Drogenmissbrauch oder sexuellem Missbrauch. «Schulpsychologinnen und Schulpsychologen haben dafür Konzepte, Schulen benötigen an dieser Stelle oft noch mehr Unterstützung.»

### **Internet:**

- Pressemappe zur KKH-PK «Endstation Depression: Wenn Schülern alles zu viel wird» <http://dpaq.de/qmxi>
- Pressemitteilung Robert Koch-Institut zu Kindergesundheit <http://dpaq.de/83Csh>

## **Ministerpräsidentenkonferenz ringt um Einigkeit bei Digitalpakt**

**Hamburg (dpa)** - Die Regierungschefs der Länder ringen um eine geschlossene Haltung gegenüber dem Bund bei der Umsetzung des neuen Digitalpakts Schule. Zum Auftakt der Ministerpräsidentenkonferenz in Hamburg zeigte sich Gastgeber Peter Tschentscher (SPD) optimistisch. Er sei sicher, dass es eine vernünftige Erörterung geben werde. «Und ich bin fast sicher, dass wir auch gemeinsame Positionen entwickeln.»

Der Bund will von 2019 an für fünf Jahre mit insgesamt fünf Milliarden Euro die Anbindung der Schulen ans Internet und Online-Unterrichtsmethoden finanzieren. Mehrere Länder sehen dadurch allerdings ihre Hoheit in der Bildungspolitik bedroht.

Den Ministerpräsidenten liegt ein Papier Baden-Württembergs, Nordrhein-Westfalens und Sachsens vor, in dem ein höherer Anteil der Länder am Steueraufkommen gefordert wird - je nach Zuständigkeit. Die Länder sollten dadurch in die Lage versetzt werden, Maßnahmen in ihrer Verantwor-

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - AKTUELLES

tung auch selbst zu finanzieren und nicht mehr über zeitlich befristete Programm-mittel, die sie zunehmend abhängig vom Bund machten, so die Argumentation.

Für die Umsetzung des Digitalpakts ist eine Grundgesetzänderung nötig, der Bundestag und Bundesrat jeweils mit Zwei-Drittel-Mehrheit zustimmen müssen. Über einen von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) eingebrachten Gesetzentwurf wird derzeit beraten.

Zwar gebe es in Deutschland eine strenge Trennung zwischen den Zuständigkeiten von Bund und Ländern, sagte Tschentscher. «Aber wir leben ja in einer praktischen Welt. Wir müssen ja die Probleme insgesamt lösen in Deutschland. Und dazu gehört dann eben, dass der Bund auch manchmal hilft und auch finanziell unterstützt bei der einen oder anderen Maßnahme.»

Ähnlich äußerte sich Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD). «Ich hoffe, dass da nicht Eitelkeiten im Vordergrund stehen, sondern dass wir uns wirklich zusammenraufen können und erkennen, dass es hier darum geht, ein großes und gutes Bildungsangebot zu machen für die Zukunft», sagte er im ZDF-«Morgenmagazin». «Und da müssen Bund und Länder an einem Strang ziehen.»

Es gehe darum, für solche Maßnahmen des Bundes die rechtlichen Voraussetzungen im Grundgesetz zu schaffen, sagte Tschentscher. «Wenn es diese finanzielle Unterstützung des Bundes geben soll, muss es auch einen klaren rechtlichen Rahmen geben.»

Bayern und Hessen waren in Hamburg nicht durch ihre Regierungschefs vertreten. Bayerns Kultusminister Bernd Sibler (CSU) sagte der Deutschen Presse-Agentur, die vorgesehene Anpassung des bestehenden Grundgesetzartikels zu Investitionen des Bundes in die kommunale Bildungsinfrastruktur schließe lediglich eine Gerechtigkeitslücke. «Bei inhaltlichen Fragen in der Bildung bleibt es dabei: Der Bund hat sich nicht einzumischen.»

Weitere Themen der zweitägigen Ministerpräsidentenkonferenz waren die Digitalisierung der Verwaltung und die Finanzierung der Flüchtlingshilfe ab 2020. Kürzlich hatte das Bundeskabinett beschlossen, Ländern und Kommunen für 2019 insgesamt 6,85 Milliarden Euro für fluchtbedingte Integrationskosten zur Verfügung zu stellen. Die Länder fordern Hilfen auch darüber hinaus.

### **Internet:**

- Ministerpräsidentenkonferenz <http://dpaq.de/wRaVO>



### **YouTube-Chefin ruft zu Protest gegen EU-Urheberrechtspläne auf**

**Redwood City (dpa)** - YouTube-Chefin Susan Wojcicki ruft Anbieter von Videoinhalten auf der Google-Plattform auf, in der Debatte um die EU-Urheberrechtsreform gegen mögliche Upload-Filter zu protestieren. Sie sollten sich darüber informieren, wie der umstrittene Artikel 13 der geplanten Urheberrechtsrichtlinie ihre YouTube-Kanäle betreffen werde «und sofort handeln», schrieb sie in ihrem vierteljährlichen Brief an Autoren am 22. Oktober. So sollten sie online argumentieren, warum das Geschäft der Videoautoren wichtig sei.

Artikel 13 sieht in der zuletzt im September vom Europaparlament verabschiedeten Fassung vor, dass Online-Plattformen sich Lizenzen von Rechteinhabern sichern müssen - und für Urheberrechtsverletzungen von Nutzern haften. Obwohl Upload-Filter nicht ausdrücklich erwähnt werden, halten Kritiker sie für eine wahrscheinliche technische Lösung für die neuen Vorgaben. Der Text der Richtlinie ist jetzt in der Abstimmung zwischen Europaparlament, EU-Kommission und den Mitgliedsländern.

Wojcicki warnte, «der Vorschlag könnte Plattformen wie YouTube zwingen, nur Inhalte von einer Handvoll großer Unternehmen zuzulassen». Wegen der drohenden Haftung könne es für die Online-Dienste zu riskant werden, auch kleinere Inhalte-Anbieter ihr Material hochladen zu lassen.

Die Neuregelung könne das Internet, wie man es heute kennt, «drastisch verändern». Sie drohe, «Millionen Menschen» - von Video-Autoren bis hin zu einfachen Nutzern - die Möglichkeit zu nehmen, Inhalte bei Plattformen wie YouTube hochzuladen. Artikel 13 könne «hunderttausende Jobs» in Gefahr bringen. Zudem könnten Nutzern in der EU auch den Zugang zu vielen bestehenden Videos verlieren, inklusive Lern- und Bildungsinhalten.

Zugleich kündigte YouTube eine Investition von 20 Millionen Dollar in den Ausbau von Bildungs- und Lerninhalten aus der Plattform an. Damit soll unter anderem ein Fonds eingerichtet werden, um Mittel aus dem sich Videoautoren bewerben können. YouTube wird aussuchen, welche Projekte unterstützt werden. Bildungsvideos zu produzieren sei oft aufwendiger als bei anderen Inhalten, sagte der zuständige YouTube-Manager Malik Ducard der dpa. Die Plattform setzt dabei den Begriff eines Bildungsvideos eher breit an - und schließt auch die weit verbreiteten Anleitungen, wie etwas zum Beispiel im Haushalt gemacht wird, mit ein.

#### **Internet:**

- Blogbeitrag von YouTube <http://dpaq.de/9Xe0C>

### Humboldt Forum stellt Highlights vor

**Berlin (dpa)** - Eine abgetrennte Gorillahand im Konservierungsglas und ein göttliches Reittier aus dem Hindutempel, die Tür eines legendären Berliner Technoclubs und eine mexikanische Federmadonna - mit solchen «Highlights» stellt sich das Humboldt Forum im Berliner Schloss ein Jahr vor seiner Eröffnung vor.

Unter dem Motto «Erste Vorboten» werden in den kommenden Monaten in Ausstellungen und Gesprächen insgesamt 15 ausgewählte Objekte präsentiert, die das Konzept des ambitionierten Kulturzentrums deutlich machen sollen.

«Exemplarisch stehen sie für die Vielfalt der Themen aus Wissenschaft und Kunst, Natur und Kultur, Geschichte und Gesellschaft sowie für die verschiedenen Perspektiven von gestern und heute, nah und fern, die in der Mitte Berlins neu zusammenfinden», erklärten die Veranstalter zum Auftakt am 23. Oktober.

Das Humboldt Forum, Deutschlands kulturelles Vorzeigeprojekt, soll von Ende 2019 an schrittweise öffnen. Hinter den rekonstruierten Fassaden der einstigen Preußenresidenz werden mehr als 20 000 Kunstwerke, spirituelle Objekte und Alltagsgegenstände aus Asien und Afrika, Amerika und Ozeanien zu sehen sein.

Größter Player ist die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die mit ihrer ethnologischen Sammlung das Haus gegenüber der Museumsinsel zu einem «Ort der Weltkulturen» machen will. Auch die Humboldt-Universität und das Land Berlin sind mit Ausstellungsflächen beteiligt.

Der neue Generalintendant Hartmut Dorgerloh, der nach langem Kompetenzgerangel unter den Partnern seit Juni an der Spitze der verantwortlichen Stiftung steht, erinnert gleich mehrfach an das vielbeschworene Konzept aus einem Guss. «Unser Anspruch ist, mit den unterschiedlichen Akteuren ein gemeinsames Angebot zu formen», sagt er.

Bis dahin ist es wohl noch ein Stück Weg. Das Ethnologische Museum hat nach Angaben seines Direktors Lars-Christian Koch für die jetzt anlaufenden «Highlights» Objekte ausgewählt, die lange nicht zu sehen waren und die eine besondere Aussagekraft haben. Dazu gehören etwa eine Kriegsvase der Maya, eine Schlangenskulptur der Azteken und eine etwa 2500 Jahre alte Figur aus Guatemala, wegen ihrer Dickbäuchigkeit «Barrigón», «kleiner Dicker» genannt.

Wichtiges Anliegen der Museen sei, auch von der Geschichte und Herkunft der Objekte zu erzählen, sagt Koch mit Blick auf die laufende Debatte um Deutschlands koloniales Erbe. In der Ausstellung des Landes Berlin einen Stock tiefer wird es auch viel um jüngere Geschichte gehen.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - AKTUELLES

So stellt Chefkurator Paul Spies, Direktor des Stadtmuseums, eine Stahltür als Symbol für die Freiräume der Stadt vor. Sie schützte einst den Tresorraum des von den Nazis enteigneten jüdischen Kaufhauses Wertheim, nach der Wende gelangten Millionen Technofans durch diese Tür in den Club Tresor. «Bitte warten Sie nicht auf die Politik», sagt Spies. «Bitte gehen Sie durch diese Tür.»

Eher kopflastig präsentiert sich dagegen vorerst die Humboldt-Universität. Eine Vorlesungsmitschrift aus dem Jahr 1885 mit dem Kommentar «Dies bezweifle ich!» steht demnach für den Geist des Widerspruchs. Und die eingelegte Gorilla-Hand, 1904 für die Lehrsammlung angeschafft, soll nach den Worten des leitenden Kurators Gorch Pieken die «gewaltförmigen Transformationsprozesse» unter den Bedingungen des Kolonialismus deutlich machen.

Ein Teil der Objekte ist mit unterschiedlicher Laufzeit in den verschiedenen Häusern der Museumsinsel und in der Gemäldegalerie zu sehen. Die anderen werden bis zum Mai in acht Expertengesprächen an unterschiedlichen Orten vorgestellt. Ende 2019 kommen dann alle unter dem Dach des Humboldt Forums zusammen.

**Nada Weigelt**

### **Internet:**

- Termine und Ausstellungsorte von «Highlights» <http://dpaq.de/M7rLJ>

## **Startup-Monitor: NRW überholt Berlin**

**Berlin (dpa)** - Nordrhein-Westfalen hat nach einer aktuellen Erhebung Berlin vom Spitzenplatz als Standort für Startups in Deutschland verdrängt. Rund 19 Prozent aller derartigen Jungunternehmen (Vorjahr: 14,4 Prozent) sind inzwischen im bevölkerungsreichsten Bundesland ansässig, wie aus dem vom Bundesverband Deutsche Startups und der Unternehmensberatung KPMG herausgegebenen Startup-Monitor hervorgeht. Der bisherige Spitzenreiter Berlin kommt demnach lediglich auf einen Anteil von 15,8 Prozent.

Auf den weiteren Plätzen im bundesweiten Ranking folgen Baden-Württemberg (12,6 Prozent) und Bayern (12,3 Prozent). Die neuen Bundesländer - ohne Berlin - kommen zusammen auf einen Anteil von 11,2 Prozent. Die Startups ballen sich der Studie zufolge in den Großstädten. Neben Berlin sind es vor allem die Metropolregion Rhein-Ruhr, Hamburg, der Großraum Stuttgart/Karlsruhe und München, die Gründer anziehen.

Als zunehmende Herausforderung für die Startups erweist sich inzwischen der wachsende Fachkräftemangel in Deutschland. Drei von vier Startups

gaben an, Schwierigkeiten bei der Suche nach Fachkräften aus dem IT-Bereich zu haben. Die Jungunternehmen könnten nicht die gleichen Löhne und Sicherheiten wie etablierte Unternehmen bieten, heißt es erklärend in der Studie. Nach wie vor ist die Startup-Szene männlich dominiert. Der Anteil der Gründerinnen liegt der Erhebung zufolge bei 15 Prozent. Das Durchschnittsalter der Gründer liegt bei 35 Jahren. Sie haben meist Wirtschaftswissenschaften, Mathematik, Ingenieurwissenschaften Naturwissenschaften oder Technik studiert.

Die Gründer arbeiten nach eigenen Angaben durchschnittlich gut 56 Stunden in der Woche. Dennoch sind rund zwei Drittel von ihnen mit ihrer Work-Life-Balance zufrieden. Der Startup-Monitor analysiert die Daten von 1550 Startups in Deutschland mit 3763 Gründern und 17 647 Mitarbeitern. Die Erhebung ist nicht repräsentativ, gilt aber als umfassendste Untersuchung der Gründerszene in Deutschland.

## **Kurznachrichten**

### ***Förderung I***

**Berlin (dpa)** - Finanzminister Olaf Scholz (SPD) will einen Teil der zusätzlichen Steuereinnahmen in die Förderung von Forschung stecken. Derzeit werde an einem Konzept für Steueranreize gearbeitet, sagte er am 25. Oktober. «Wir glauben, dass wir bald einen Vorschlag vorlegen können.» Wegen der eingetrübten Konjunkturaussichten wachsen die Staatseinnahmen nicht mehr so stark wie zuletzt. Bund, Länder und Kommunen können bis 2022 mit 6,7 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen rechnen als bei der letzten Steuerschätzung im Mai vorhergesagt. Ein Teil dieser Mehreinnahmen solle auch in Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit fließen.

### ***Förderung II***

**Kassel (dpa)** - Hessen will den geplanten Bau eines documenta-Instituts in Kassel mit sechs Millionen Euro unterstützen. Außerdem werde das Land langfristig Mittel für den Betrieb und die Ausstattung des Instituts bereitstellen, kündigte Kunst- und Kulturminister Boris Rhein (CDU) an. Das documenta-Institut ist ein gemeinsames Projekt der Stadt Kassel, des Landes Hessen, der Uni Kassel und der documenta mit Unterstützung des Bundes. Es soll aus dem bestehenden documenta-Archiv heraus entwickelt werden und die weltweit bedeutendste Ausstellung für moderne Kunst erforschen und ihre Geschichte aufarbeiten. Die Baukosten für das Institut werden bisher auf 24 Millionen Euro geschätzt.

## **KULTURPOLITIK**

### **Ärger vor dem Jubiläum - Debatte um Bauhaus**

**Berlin/Magdeburg (dpa)** - Die Proteste gegen das Bauhaus Dessau reißen nicht ab. Die Entscheidung, das Konzert einer linken Punkband abzusagen, überschattete am 24. Oktober die Vorstellung des Jubiläumsjahres 100 Jahre Bauhaus. Eine Online-Petition kritisierte die Absage angesichts der Historie des Bauhauses als geschichtsvergessen. Der Berliner Künstler Clemens Krauss will aus Protest Werke aus Dessau abziehen, wie er in einem Brief deutlich machte.

Die Absage an die Band Feine Sahne Fischfilet war als Einknicken vor der rechten Szene kritisiert worden. Sachsen-Anhalts Kulturminister Rainer Robra trat Vorwürfen entgegen, die Konzert-Absage sei ein Eingriff in die Kunst- und Programmfreiheit gewesen. Die Programmhoheit habe die Direktorin der Stiftung Bauhaus, sagte der CDU-Politiker im Magdeburger Landtag. «Niemand kann ihr diese nehmen.» Direktorin Claudia Perren habe ihn um Rat gefragt. Die Entscheidung habe sie getroffen, sagte Robra, der Vorsitzender des Dessauer Stiftungsrates ist.

In Berlin gab es nach der Vorstellung des Jubiläums-Programms eine Diskussion zur Entscheidung, das ZDF-Konzert der linken Band abzusagen. Perren verteidigte den Schritt erneut. Sie räumte aber Fehler bei der Kommunikation ein: «Das ist wirklich ganz schief gelaufen.»

Es sei bei der Absage nicht um die Band gegangen, sagte Perren, die einige kritische Fragen zu hören bekam. Sie führte zwei Gründe an: Das Bauhaus habe den Rechtsextremen keine Kulisse für Proteste bieten wollen - eine Taktik des Fernhaltens. «Man muss sagen, dass uns das diesmal ganz schwer auf die Füße gefallen ist, und das nehmen wir auch sehr ernst.»

Außerdem sei ihr das Risiko einer Eskalation zu groß gewesen. Das habe für sie nichts mit ihrem Vertrauen in die Polizei zu tun, sondern mit ihrer Verantwortung gegenüber der Bauhaus-Stätte, die Unesco-Welterbe ist. Rechte Gruppierungen hatten im Internet zum Protest gegen das Konzert von Feine Sahne Fischfilet aufgerufen. Die Absage trifft jedoch eine linke Musikgruppe, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagiert.

Die Band will weiter am 6. November in Dessau auftreten. Mittlerweile verkündete die Gruppe einen neuen Auftrittsort in der Stadt. Sie hätten eine Location gefunden, die fast fünf Mal so groß ist wie das Bauhaus, erklärten die Musiker am 25. Oktober auf Facebook. Die Absage durch das Bauhaus

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - KULTURPOLITIK

sei «auf vielen Ebenen» erbärmlich, sagte Sänger Jan Gorkow der Deutschen Presse-Agentur.

«Das Bauhaus ist ein politischer Ort und war ein politischer Ort», unterstrich Annemarie Jaeggi, die Direktorin des Bauhaus-Archivs in Berlin. Der Reiseführer «Lonely Planet» hat gerade Deutschland als Ziel empfohlen, weil dort 100 Jahre Bauhaus gefeiert wird.

Das Programm ist riesig. Drei neue Museen entstehen in Weimar, Dessau und Berlin - 52 Millionen Euro gibt es dazu vom Bund. Bei einer «Grand Tour der Moderne» können Bauhaus-Fans deutschlandweit 100 Orte erkunden. Im Januar gibt es ein Eröffnungsfestival in der Berliner Akademie der Künste. Das Haus der Kulturen der Welt zeigt ab März in der Ausstellung «Bauhaus Imaginista» die globale Strahlkraft der Schule. Der Fernsehsender Arte dreht eine Miniserie «Eine Frau am Bauhaus», mit Anna-Maria Mühe in der Titelrolle und August Diehl als Walter Gropius.

Kulturschaffende und Architekten protestieren unterdessen mit einem Offenen Brief gegen die Konzert-Absage. Die Landesregierung Sachsen-Anhalts und die Stiftung hätten «der Demokratie und dem kulturellen Leben in unserem Lande schweren Schaden zugefügt», heißt es in dem im Internet veröffentlichten Schreiben. «Besorgniserregend ist, wie die Politik durch offenkundige Weisungen in eine kulturelle Einrichtung hineinregiert.»

Auf der Liste der ersten Unterstützer fanden sich zum Teil bekannte Namen aus dem Museums-, Architektur- und Hochschulbereich. Auch die Künstlerinnen Hito Steyerl und Anne Imhof, der Ausstellungsmacher Kasper König, der Gestalter Erik Spiekermann sowie der Grafiker Klaus Staeck waren darunter. Zu den Unterzeichnern gehört der Kasseler Professor Philipp Oswald, ehemaliger Direktor der Stiftung Bauhaus Dessau, dessen Vertrag vom Stiftungsrat nach einem Streit nicht verlängert worden war.

Der Künstler Clemens Krauss schrieb an die Bauhaus-Chefin Perren: «Eine Musikgruppe auszuladen, weil man Bedenken wegen möglicher Demonstrationen «rechter» Gegner hat, halte ich nicht nur für falsch, sondern für ein Fanal». Weiter heißt es in dem Brief, der der Deutschen Presse-Agentur vorlag: «Vereinfacht gesagt lasst Ihr Euch damit von Demokratiefeinden wichtige demokratische Grundrechte nehmen.»

**Caroline Bock und Simon Ribnitzky**

### **Internet:**

- Bauhaus-Jubiläum <http://dpaq.de/Eteek>
- Statement Feine Sahne Fischfilet <http://dpaq.de/ZIIUS>
- Offener Brief bei Change.org <http://dpaq.de/crc9Z>
- Interview bei Zeit online <http://dpaq.de/xhBAs>

### **20 Jahre Bundeskulturbeauftragte(r)**

**Berlin (dpa)** - Jahrzehntelang war die Kulturhoheit der Länder eine heilige Kuh: Niemand wollte sich vom Bund in Sachen Kunst und Kultur hineinregieren lassen. Deshalb schlugen die Wellen hoch, als Gerhard Schröder (SPD) 1998 nach seiner Wahl zum Kanzler als Überraschungscoup einen Bundesbeauftragten für die Kultur berief.

Der damalige bayerische Kultusminister Hans Zehetmair (CSU) nannte den Posten so überflüssig «wie einen Kropf» oder wie einen «Marineminister für die Schweiz». Der erste Amtsinhaber Michael Naumann revanchierte sich ähnlich deftig. Der barocke Begriff Kulturhoheit sei ohnedies nur «Verfassungsfolklore», tat er kund.

20 Jahre später ist von solchem Grundsatzstreit nichts mehr zu spüren. Wenn am 29. Oktober das Jubiläum mit einem Festakt im rekonstruierten Berliner Schloss gefeiert wird, ist von allen Seiten Unterstützung zu erwarten. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), bei der das Amt angesiedelt ist, will mit einer Rede den Stellenwert der Kultur unterstreichen.

«Wir haben uns in den vergangenen 20 Jahren hohes Ansehen und großen Kredit erarbeitet», sagt Amtsinhaberin Monika Grütters (CDU) der Deutschen Presse-Agentur. «Die Zusammenarbeit mit den anderen Kulturträgern, mit den Ländern und den Kommunen ist zu einem sehr produktiven Miteinander geworden. Anderswo auf der Welt werden wir um diese Konstellation beneidet.»

Der Etat für das Amt ist inzwischen auf fast das Doppelte - auf 1,8 Milliarden Euro - angewachsen, aus knapp 150 Mitarbeitern wurden mehr als 300. Zu den wichtigsten Aufgaben gehören die Förderung national bedeutender Kultureinrichtungen, die Gedenk- und Erinnerungspolitik sowie die Film- und Medienförderung. Auch Leuchtturmprojekte wie das geplante Humboldt Forum und das Museum der Moderne in Berlin fallen in die Verantwortung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

1998, wenige Jahre nach der Wiedervereinigung und nach dem Ende der Ära Kohl, rechtzeitig zum Umzug der Regierung von Bonn nach Berlin 1999, hatte die erste rot-grüne Bundesregierung der Kultur im gewachsenen Deutschland einen «neuen Stellenwert» geben wollen, wie es im Koalitionsvertrag hieß.

Die fünf Amtsinhaber setzten jeweils eigene Akzente. Die nur zwei Jahre von Debütant und Verleger Michael Naumann waren vor allem geprägt durch eine neue Debatte um das Holocaust-Mahnmal und Hakeleien mit den Ländern. «Es funktioniert, wenn dieses Amt das Wohlwollen des Bundeskanzlers hat. Wenn das aber nicht der Fall ist, ist es eben Pech für die Kulturpolitik», resümiert Naumann in einem Interview des Geburtstags-

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - KULTURPOLITIK

buchs «Wachgeküsst», das Olaf Zimmermann vom Deutschen Kulturrat herausgegeben hat.

Unter dem Philosophen Julian Nida-Rümelin (2000 bis 2002) entspannte sich das Verhältnis zu den Ländern im Sinne eines «kooperativen Föderalismus», während die frühere Hamburger Kultursenatorin Christina Weiss (2002 bis 2005) zunehmend unter der Sparpolitik jener Jahre zu leiden hatte.

Mit Bernd Neumann (2005 bis 2013) und Monika Grütters (seit 2013) zogen dann zwei Politprofis in das Vorzeigebüro im Kanzleramt, die durch ihre langjährige Mitgliedschaft in der Unionsfraktion auch das parlamentarische Klavier zu spielen wussten. Neumann konnte so vor allem den deutschen Film stärken, Grütters setzte gegen den teils erbitterten Widerstand der Branche einen besseren Schutz von Kulturgütern durch.

Der Deutsche Kulturrat, Dachorganisation von mehr als 250 Bundeskulturverbänden, zieht zum Jubiläum eine positive Bilanz. «Zwanzig Jahre sichtbare Kulturpolitik des Bundes sind eine einmalige Erfolgsgeschichte», sagt Geschäftsführer Zimmermann. Dennoch will er nicht lockerlassen, bis auch seine Forderung nach einem eigenständigen Kulturministerium endlich umgesetzt ist. Das Amt könne wegen der Einbindung ins Kanzleramt nicht wie ein richtiges Ministerium geführt werden, das gefährde das dynamische Wachstum, sagt er. «Das Amt droht unter seinem eigenen Erfolg zusammenzubrechen.»

**Nada Weigelt**

### **Internet:**

- Amt und Aufgaben der Kulturstaatsministerin <http://dpaq.de/5JFBK>
- Ankündigung zum Buch «Wachgeküsst» <http://dpaq.de/vEGLH>

## **Europäer wollen Kunstwerke nach Nigeria ausleihen**

**Amsterdam (dpa)** - Im Streit um die sogenannten Benin-Bronzen, wichtige Kunstwerke aus dem heutigen Nigeria, haben sich europäische Museen zur Ausleihung dieser Kunstwerke an ein noch zu bauendes Museum in der nigerianischen Stadt Benin-City bereiterklärt. Dies teilte eine Gruppe von neun europäischen Museen am 20. Oktober nach Gesprächen mit nigerianischen Partnern in Leiden (Niederlande) mit.

In der Erklärung wird betont, dies bedeute nicht, dass die nigerianische Seite den Anspruch auf Rückgabe der Kunstwerke aufgegeben habe oder dass die europäischen Museen Rückgaben ausgeschlossen hätten. Dies sei nicht Aufgabe der «Benin Dialoggruppe» gewesen: «Fragen der Rück-



## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - KULTURPOLITIK

gabe sind bilaterale Fragen und sollten am besten von einzelnen Museen innerhalb ihres Rechtsrahmens geklärt werden.»

Mehrere Tausend der filigranen Metall-Tafeln und Skulpturen mit Darstellungen von Königen, Kriegeren und Hofszenen aus dem Palast des Königs von Benin im heutigen Nigeria, waren 1897 bei einer britischen Strafexpedition geraubt worden. Sie sind heute verstreut in Museen der westlichen Welt, vor allem in Großbritannien und in Deutschland. Schon seit Jahrzehnten verlangt Nigeria die Rückkehr der Kunstwerke.

Der Gouverneur des nigerianischen Staates Edo, Godwin Obaseki, habe «konkrete Pläne» für das neue Museum vorgelegt, die von der Regierung gemeinsam mit dem Königshaus von Benin entwickelt worden seien. In diesem Museum sollen ständig die «Benin-Bronzen», darunter auch die bekanntesten Stücke, gezeigt werden. Die europäischen Museen wollen dazu auf Rotationsbasis aus ihren Beständen beitragen und entsprechende Pläne vorlegen.

Zu den in Leiden vertretenen Museen gehören unter anderem das Ethnologische Museum in Berlin, das Hamburger Museum für Kulturen und Künste der Welt, das Linden Museum in Stuttgart und das British Museum in London. Die «Benin Dialoggruppe» gründete auch einen Steuerungsausschuss, der die Umsetzung der Vereinbarung vorantreiben soll. Die europäischen Partner wollten bei dem Bau des Museums und der Konzeption der Ausstellung beratend tätig sein.

Zudem wollten beide Seiten gemeinsam an Ausbildung, Finanzierung und Rechtsrahmen der ständigen Ausstellung in Benin-City arbeiten. Prinz Gregory Akenzua aus dem Königshaus von Benin sprach in der Erklärung von einem «sehr fruchtbaren» Treffen. Man mache Fortschritte auf dem Weg, der eigenen Bevölkerung wieder Zugang zu dem geplünderten Kulturgut zu verschaffen.

Stijn Schoonderwoerd, Direktor des Völkerkundemuseums in Leiden, ließ wissen, die europäischen Museen hätten ihre Bereitschaft gezeigt, historische Kunstwerke wieder in Nigeria zugänglich zu machen.

## **BERUF UND WEITERBILDUNG**

### **Tausende Flüchtlinge finden Jobs**

**Kiel (dpa)** - Flüchtlinge in Schleswig-Holstein kommen zunehmend auf dem Arbeitsmarkt unter. Seit Januar vergangenen Jahres haben 5400 arbeitslose Schutzsuchende sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen aufgenommen, wie aus Angaben der Agentur für Arbeit hervorgeht. «Insgesamt läuft die Beschäftigungsaufnahme der Geflüchteten besser als erwartet», sagte Regionaldirektorin Margit Haupt-Koopmann der Deutschen Presse-Agentur.

Die Flüchtlinge profitieren dabei auch von der anhaltend guten Konjunktur. 2017 bekamen 2500 von ihnen Jobs, in diesem Jahr waren es allein bis Ende September 2900. Die meisten Flüchtlinge wurden als Helfer beschäftigt, besonders im Gastgewerbe, in der Logistik und im Reinigungsgewerbe. Diese Arbeitsplätze könnten gefährdet sein, wenn die Konjunktur ins Stocken kommt. «Die größte Herausforderung der nächsten Jahre besteht darin, die Beschäftigung nachhaltig zu machen», sagte Haupt-Koopmann.

Falls es auf dem Arbeitsmarkt wieder enger werden sollte, könnten Flüchtlinge dort an Sprach- und Qualifikationsdefiziten scheitern. «Genau deshalb werden wir - die Arbeitsagenturen und Jobcenter - hier mit unseren vielfältigen Qualifizierungsangeboten gegensteuern.»

Haupt-Koopmann appellierte an die Betriebe mit saisonalen Einflüssen, wie Bau und Gastronomie, gerade im Winter die von ihnen beschäftigten Flüchtlinge weiter zu qualifizieren. «Genau hierfür können sie unser Förderprogramm (WeGebAU) für gering qualifizierte und ältere Mitarbeiter in Betrieben bis 250 Beschäftigte nutzen.» Nach zwei bis drei Jahren sollen sie dann anerkannte Abschlüsse haben. «Wir wollen, dass die Flüchtlinge dauerhaft auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen, und wir mit ihnen nicht die Langzeitarbeitslosen von morgen produzieren», sagte Haupt-Koopmann.

Viele Betriebe seien - auch aus der Not geboren - mittlerweile bereit, Flüchtlinge zu beschäftigen, auch wenn diese noch nicht die eigentlich erwünschten Sprachkenntnisse haben. Die Arbeitslosigkeit von Flüchtlingen ist in diesem Jahr seit Mai rückläufig. Ende September waren noch 7200 Geflüchtete ohne Job und damit 1700 oder fast 18 Prozent weniger als vor einem Jahr. Darüber hinaus befinden sich insgesamt noch einmal 7200 Geflüchtete in Integrations- und Sprachkursen. Bis Februar werden 5000 von ihnen ihre Sprachkurse beendet haben.

Sie brauchen dann Anschlussperspektiven. Rund 70 Prozent der Flüchtlinge haben - nach deutschen Maßstäben - keine abgeschlossene Berufsausbildung, oft aber verwertbare Berufserfahrungen. «Gemeinsam mit den

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

Kammern geht es darum die beruflichen Kompetenzen festzustellen und, wo möglich, zertifizieren zu lassen», sagte die Agenturchefin. Während einer Beschäftigung Teilqualifikationen zu erwerben, könne auch ein Weg sein. «Beim Thema Qualifikation stehen wir aber noch am Anfang. Hier brauchen wir einen langen Atem.»

Flüchtlinge seien nicht die Fachkräfte von morgen, sondern von übermorgen. Besonders bei den Jüngeren - 20 Prozent der Flüchtlinge sind unter 25 - sei die Bereitschaft groß, nicht nur mit einem beliebigen Job Geld zu verdienen, sondern Berufsabschlüsse zu erwerben, sagte Haupt-Koopmann. «Die meisten haben begriffen, dass dies der Königsweg ist.»

### ***Ausländische Auszubildende im Raum Leipzig***

In der Wirtschaftsregion Leipzig ist die Zahl der ausländischen Azubis binnen zwei Jahren deutlich gestiegen. Nach Angaben der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig (IHK) gab es per 30. September 2018 etwa 400 ausländische Auszubildende in der Stadt Leipzig sowie den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen. 2016 waren es 228.

Stark gestiegen ist die Zahl der Auszubildungsverhältnisse mit Flüchtlingen in dem Zeitraum, von 49 auf 207, wie die IHK mitteilte. Davon stammen 61 aus Afghanistan, 60 aus Syrien, 14 aus dem Iran und 12 aus Eritrea. Seit August 2016 unterstütze die IHK ihre Mitgliedsunternehmen über das vom Bund geförderte Projekt «Willkommenslotse» bei der Besetzung offener Ausbildungsstellen mit Flüchtlingen.

#### **Internet:**

- Willkommenslotse <http://dpaq.de/xtsGZ>

## **Prognose: Mehr unbesetzte Lehrstellen in NRW**

**Düsseldorf (dpa)** - Für das Ausbildungsjahr 2018 erwarten die Industrie- und Handelskammer (IHK) und die Bundesagentur für Arbeit mehr unbesetzte Ausbildungsstellen in Nordrhein-Westfalen. Laut Arbeitsagentur waren Ende August 2018 landesweit knapp 26 000 Lehrstellen unbesetzt. Das waren rund 2800 unbesetzte Stellen mehr als noch im Vorjahr. Die tatsächliche Zahl liege vermutlich noch höher, da nicht alle Unternehmen ihre unbesetzten Stellen meldeten, erklärte die IHK in NRW auf Anfrage.

Insgesamt standen im August nach Angaben der Arbeitsagentur 22 536 unversorgten Bewerbern 25 942 unbesetzte Ausbildungsstellen gegenüber. Im September komme erfahrungsgemäß noch viel Bewegung in den Ausbildungsmarkt, hieß es von der Arbeitsagentur. Dennoch werde die Zahl der unbesetzten Lehrstellen 2018 wohl höher ausfallen als im Vorjahr.

Im vergangenen Jahr konnten am Ende rund 7500 Ausbildungsstellen nicht besetzt werden. In NRW fehlen nach IHK-Angaben unter anderem Bewerber für Medizin- und Gesundheitsberufe sowie für den Hotel- und Gastronomiebereich. Auch bei vielen Handwerksberufen mangle es an Nachwuchs. Die offiziellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zum NRW-Ausbildungsmarkt 2018 werden Ende Oktober veröffentlicht.

### ***Ausbildungsjahr 2026/27 fast ohne Abiturienten***

Der bereits drückende Fachkräftemangel könnte sich für die Wirtschaft spätestens in zehn Jahren durch einen komplett fehlenden Abiturjahrgang drastisch verschärfen. Denn beim Übergang zwischen dem letzten G-8- und dem ersten G-9-Jahrgang fällt der Nachwuchs im Ausbildungsjahr 2026/27 fast ganz aus.

Mit einer «Gesamtstrategie» will die Landesregierung die Folgen der Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium ab dem kommenden Schuljahr für die NRW-Wirtschaft lindern. Das geht aus der Antwort der Regierung auf eine Anfrage aus der SPD-Opposition hervor.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hatte zuvor bereits an die Unternehmen appelliert, schon jetzt deutlich mehr auszubilden, um den Fachkräftemangel nicht weiter zu verschärfen. NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) sieht in dem Übergangsjahr auch besondere Chancen für junge Leute, die normalerweise leer ausgehen oder für «Altbewerber», die bereits in früheren Ausbildungsjahren ohne Angebot geblieben sind.

Schon Jahre im Voraus müssten Jugendliche darauf hingewiesen werden, dass 2026/27 besonders günstig für Bewerber sei, unterstrich Laumann in seiner der dpa vorliegenden Antwort. Dies müsse auch auf Ausbildungsmessen beworben werden.

Unter anderem seien Hauptschüler verstärkt in den Fokus zu nehmen. Das hatte auch der DGB mit Verweis auf den niedrigen Anteil von Hauptschulabsolventen im Bereich der Industrie- und Handelskammern gefordert.

Die wirtschaftlichen Gesamtfolgen seien konkret noch nicht prognostizierbar, erklärte Laumann. In NRW machen rund 72 Prozent eines Abiturjahrgangs ihren Abschluss an einem Gymnasium und sind somit von der Umstellung von G8 auf G9 betroffen.

# **FORSCHUNGSPOLITIK**

## **«Probenspeicher der Superlative»**

**Oberschleißheim (dpa)** - Millionen menschliche Bio-Proben. Blut, Stuhl und Urin bei bis zu minus 180 Grad tiefgefroren - und von Robotern bewacht. In Oberschleißheim bei München steht Deutschlands größtes Lager für menschliche Bio-Proben. Das «Nako Biorepository» des Helmholtz Zentrums München wurde am 24. Oktober offiziell eröffnet. Von einem «Schatz für die deutsche Forschung und Wissenschaft» sprach der wissenschaftliche Geschäftsführer des Helmholtz Zentrums München, Matthias Tschöp - und von einem «Meilenstein».

Rund 21 Millionen Proben in kleinen Röhrchen sollen in riesigen Tanks bei minus 80 oder minus 180 Grad Celsius gefroren lagern. Gekühlt wird mit Stickstoff. Das hat den Vorteil, dass die Tanks ihre Temperatur bis zu zwei Wochen lang halten können, sollte der Strom einmal ausfallen. «Das größtmögliche Level der Vorsicht», sagte Andreas Hörlein, Chef der neuen Biobank.

Das Lager ist vollautomatisiert. Einsortiert und bei Bedarf wieder herausgesucht werden die Proben computergesteuert von einem Roboter. «Das Problem ist der Mensch», sagte Annette Peters, Direktorin des Instituts für Epidemiologie des Helmholtz Zentrums. «Beim Einsortieren sind die Roboter überlegen.»

«Ein Probenspeicher der Superlative», sagte Johannes Eberle aus dem bayerischen Wissenschaftsministerium in Vertretung für seine Chefin, Ministerin Marion Kiechle. In dem Tresor können große Probenmengen bis zu 30 Jahre lang gelagert werden. Eine vergleichbare Einrichtung gibt es in Deutschland nicht.

Die Proben, die nun bei München im Riesenkühlschrank stehen, stammen aus der Nako-Gesundheitsstudie, einer bundesweiten Untersuchung mit 200 000 Teilnehmern im Alter zwischen 20 und 69 Jahren, die 2014 startete. Eberle nennt die auf 30 Jahre angelegte Studie, die in zehn Jahren rund 255 Millionen Euro kostet, «das zentrale Projekt der epidemiologischen Forschung in Deutschland» und einen «Beitrag für die Gesundheit künftiger Generationen».

Seine Chefin Kiechle ließ mitteilen: «Wir müssen Antworten finden auf die drängenden Fragen unserer Zeit.» Von der Nako-Gesundheitsstudie erwartet sie viele wertvolle Erkenntnisse zur Früherkennung und Prävention der großen Volkskrankheiten. Ziel der Studie ist es, die Entstehung von Krankheiten wie Krebs, Diabetes oder Herzinfarkt besser zu verstehen und her-

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

auszufinden, warum der eine krank wird und der andere gesund bleibt und was genetische Veranlagung und Umweltfaktoren damit zu tun haben.

«Wir wollen zum Beispiel die Frage beantworten, warum der Anteil an Diabetikern im Nordosten von Deutschland doppelt so hoch ist wie im Südwesten», sagte Peters, die auch Vorsitzende der Nako-Gesundheitsstudie ist, die ursprünglich «Nationale Kohorte» hieß, nach Irritationen aber umbenannt wurde.

Die Wissenschaftler hätten mit dem Lager in Oberschleißheim nun eine «neue Verantwortung für Daten und Bioproben», sagte Peters. Die Proben und die Adressen der Probanden würden beispielsweise getrennt aufbewahrt, um zu gewährleisten, dass die Ergebnisse nicht in falsche Hände kommen.

Die Forscher erhoffen sich von der Untersuchung und den großen, zentral gelagerten Probenmengen auch weitere Schritte auf dem Weg zu einer personalisierten Medizin, die Risikofaktoren für jeden Einzelnen anhand der Daten aus seinem Blut, Urin, Stuhl und weiteren Untersuchungsergebnissen analysiert. Damit sollen Krankheiten im besten Fall erkannt werden, bevor sie überhaupt entstehen.

«Der Wissenschaft stellen sich dadurch Fragen, die eigentlich bislang der Philosophie vorbehalten waren. Wie viel kann ich selbst bestimmen und wie viel ist schon festgelegt?», sagte Peters.

Völlig unklar ist auch noch eine Finanzierung für jeden einzelnen Menschen. Wie kann sichergestellt werden, dass nicht nur reiche Menschen es sich leisten können, Prognosen erstellen zu lassen, ob und wann sie an Krebs erkranken oder wie hoch ihr persönliches Herzinfarkt-Risiko ist? Und was sagen die Krankenkassen dazu?

**Britta Schulteians**

### **Internet:**

- Infos zur Nako-Gesundheitsstudie <http://dpaq.de/8oibc>
- PM zur Nako-Studie <http://dpaq.de/3A6Y2>
- PM des Helmholtz-Zentrums zum Nako-Vorsitz <http://dpaq.de/5bRrb>
- Infos zu Biobanken <http://dpaq.de/IEjzy>

## **Europäische Weltraumorganisation: «Klarer Kurs» gegen US-Konkurrenz**

**Madrid (dpa)** - Unter dem Druck stark wachsender Konkurrenz durch private US-Firmen hat die Europäische Weltraumorganisation Esa sich für die kommenden Jahre neu ausgerichtet. «Ich bin sehr glücklich, wir haben einen klaren Kurs festgelegt», sagte Esa-Generaldirektor Johann-Dietrich

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Wörner am 25. Oktober nach einem Treffen mit vielen der für Raumfahrt zuständigen Minister der 22 Mitgliedstaaten der Organisation. Sie waren in Villanueva de la Cañada bei Madrid zusammengekommen.

Kurz zuvor hatte der Chef von Arianespace, Stéphane Israël, mit Blick auf die Tagung betont: «Wir werden billiger werden, aber wir brauchen die Unterstützung unserer Regierungen.» Hundert Prozent der europäischen Aufträge sollten an europäische Raketen vergeben werden, forderte er im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur.

Im französischen Evry - dem Sitz von Arianespace - bereitet vor allem der Aufstieg der US-Konkurrenzunternehmen SpaceX von Tesla-Chef Elon Musk und Blue Origin von Amazon-Gründer Jeff Bezos große Sorgen. Beide US-Raketenanbieter erhalten hoch dotierte Aufträge von der Regierung in Washington und können so die Preise auf dem kommerziellen Markt drücken.

Als Antwort lässt die Esa die neuen Trägerraketen Ariane 6 und Vega C entwickeln, die Fracht günstiger ins Weltall bringen können. Die Ariane 6, deren Oberstufe in Bremen montiert wird, soll im Juli 2020 erstmals vom Weltraumbahnhof Kourou in Französisch-Guayana abheben. Bislang liegen Arianespace sechs Startaufträge für dieses Modell vor.

Wörner sprach vor seinem Treffen mit den Esa-Ministern von einer «dramatischen Marktveränderung». Nach der Tagung klang er optimistischer. Es seien zwei Beschlüsse verabschiedet worden - «und zwar beide einstimmig, das ist sehr wichtig». Mit der ersten Resolution werde er beauftragt, «zweckdienliche Verbindungen» zur EU herzustellen. Die zweite Resolution gebe ihm «strategische Leitlinien» für die Vorbereitung der Programme und Tätigkeiten.

Die Zwischenkonferenz diene der Vorbereitung der für November 2019 im spanischen Sevilla angesetzten nächsten Ministerratstagung der Esa, der «Space19+». Die Esa habe keinen eigenen Etat und müsse daher bei den Ministerratstagungen Programme vorschlagen, erklärte Wörner im Europäischen Weltraum-Astronomiezentrum der Esa (Esac). «Die Mitgliedstaaten entscheiden dann, ob sie zahlen oder nicht zahlen.»

Wörner präsentierte den Ministern in Spanien einen «Fahrplan für die weitere nachhaltige und effiziente Finanzierung und Durchführung von Weltraumprogrammen in Europa (...) in Anbetracht des Paradigmenwechsels im Raumfahrtsektor sowie Anregungen für die nach 2019 von der Esa durchzuführenden Weltraumprogramme».

Einer der wichtigsten Punkte des Fahrplans ist nach Angaben der Esa unter anderem «die Positionierung Europas als Hauptakteur der neuen Ära des globalen Vorhabens zur Exploration des Weltraums - auf zum Mond

## dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

und anschließend zum Mars - in Zusammenarbeit mit bestehenden (wie den USA) und neuen Partnern (wie etwa China)».

Am Rande der Tagung wurde eine Erklärung über den Einsatz der Träger- raketen Ariane-6 und Vega-C unterzeichnet. Fünf Staaten - Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und die Schweiz - bringen darin «ihren unein- geschränkten Rückhalt für die europäische Raumfahrzeugträger-Industrie» zum Ausdruck. Arianespace erhofft sich auch einen Auftrag aus Deutsch- land. «Aber natürlich ist das eine souveräne Entscheidung der deutschen Regierung», sagte Israel.

### Internet:

- Aussagen von Wörner auf der PK <http://dpaq.de/NBPrd>
- Mitteilung der Esa <http://dpaq.de/KOMJH>

## Google verzichtet auf Campus in Berlin

**Berlin (dpa)** - Der US-Internetkonzern Google will doch keinen Campus für Start-up-Firmen in Berlin eröffnen. In einem ehemaligen Umspannwerk im Stadtteil Kreuzberg soll stattdessen eine soziale Einrichtung entstehen, wie Google und die beteiligten Organisationen am 24. Oktober mitteilten.

Die Online-Spendenplattform Betterplace und der Verein Karuna für Menschen in Not übernehmen als Mieter den Aufbau des neuen «Hauses für soziales Engagement». Die rund 3000 Quadratmeter Fläche sollen ab dem Frühjahr 2019 von gemeinnützigen Organisationen, sozialen Initiativen und Helfern zum wechselseitigen Austausch und für Projekte genutzt wer- den.

Google hatte das Gebäude erworben und Ende 2016 angekündigt, dort einen Campus für junge Firmen und andere Organisationen zu etablieren. Kritiker protestierten dagegen, weil der Campus nach ihrer Ansicht die Ge- gend stark verändert und teurer gemacht hätte.

Google will nun nach eigenen Angaben in den kommenden fünf Jahren rund 14 Millionen Euro in Umbau, Ausstattung und Miete für das Haus stecken.

Der zuständige Bezirksstadtrat Florian Schmidt (Grüne) sprach von einem «Wendepunkt in der kontroversen Debatte». Google sei auf die Forderun- gen von Politik und Nachbarschaft eingegangen. Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne) deutete den Schwenk gar als Beleg für «die zuneh- mende Bedeutung von sozial und ökologisch orientierten Unternehmen und der nicht gewinnorientierten Ökonomie in Berlin».

Dagegen sprach die CDU von einem «schmerzhaften Tiefschlag für unsere Stadt. Jetzt heißt es: Google findet alles - außer Berlin», spottete der wirt-



## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

schaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Gräff. Der Konzern setze damit «ein fatales Signal in die ganze Welt, wie investorenfeindlich Berlin unter Rot-Rot-Grün inzwischen geworden ist».

In dieselbe Kerbe schlug die FDP. «Die Umwandlung des geplanten Google-Campus in Kreuzberg in eine Begegnungsstätte ist nicht mehr als schöngeredete Resignation», sagte der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Sebastian Czaja. «Selbst wenn die neue Nutzung begrüßenswert ist, so ist die Botschaft an alle zukünftigen Unternehmen und Investoren doch fatal: Kommt bloß nicht nach Berlin, erst recht nicht nach Kreuzberg.» Das werde den Kiez und «Milieuschutz-Fanatiker nun weiter ermutigen, jegliche Veränderung radikal zu torpedieren».

### **Internet:**

- Mitteilung zum Sozialprojekt <http://dpaq.de/Tkg30>
- Umspannwerk Kreuzberg <http://dpaq.de/Alli2>

## **Preis für Tierversuchs-Alternativen**

**Stuttgart/Tübingen (dpa)** - Für neue Forschungsmethoden ohne Tierversuche ist ein Wissenschaftler der Universität Tübingen ausgezeichnet worden. Niklas Schwarz, der in der Abteilung für Neurologie und Epileptologie arbeitet, erhielt den mit 25 000 Euro dotierten Landes-Forschungspreis «Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch».

«Ziel der Landesregierung ist es, die Zahl der Tierversuche und die Belastung von Versuchstieren weiter zu verringern», sagte Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) am 25. Oktober. «Dafür braucht es aber konkrete Alternativen, die von Wissenschaftlern entwickelt werden müssen.»

Als eine mögliche Ersatzmethode gelten Zellkulturen. Mit ihnen kann direkt an menschlichem Gewebe statt etwa an Mäusen geforscht werden. Schwarz habe in einer Arbeit erstmalig eine erfolgreiche Kultivierung von Hirngewebe außerhalb des Körpers beschrieben.

Damit könnte laut Ministerium in Zukunft in Petrischalen getestet werden, welche Wirkung neue Medikamente auf das Gehirn haben. Mit dem jährlich verliehenen Forschungspreis würdigt Baden-Württemberg Wissenschaftler, die an Alternativen zu Tierversuchen arbeiten.

## **HOCHSCHULE**

### **Viele Studenten in Sachsen müssen jobben**

**Leipzig (dpa)** - Die Mehrheit der Studierenden in Sachsen arbeitet neben dem Studium. «Der Trend zum Jobben zeigt nach oben», sagte Ulf Walther vom Studentenwerk Chemnitz-Zwickau. «Das liegt unter anderem daran, dass die Anhebung des BAföG und die anrechenbaren Freibeträge nicht mit der realen Einkommensentwicklung Schritt hält.» Im Ergebnis hätten so weniger Studierende Anspruch auf staatliche Unterstützung, obwohl der Bedarf nicht gesunken sei.

Ein zentrales Anliegen der Studentenwerke gegenüber der Politik sei deshalb die Anhebung der Förderung durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Studierenden in Sachsen standen im Jahr 2016 knapp 800 Euro monatlich zu Verfügung. Das hat die 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks ermittelt, bei der sich deutschlandweit 60 000 Studierende beteiligten. Den Löwenanteil am Geld, das die Studierenden zum Leben haben, leisten immer noch die Eltern - 86 Prozent der Befragten gaben an, von ihnen finanziell unterstützt zu werden.

#### ***Nebenjobs mit Hilfe des Studentenwerks finden***

Dennoch jobben 68 Prozent der Befragten neben ihrem Studium - durchschnittlich verdienen sie damit 385 Euro pro Monat. Stefan Grob, Pressesprecher des Deutschen Studentenwerks, wies auf die Schere zwischen Ost und West hin. «Unsere Sozialerhebung hat gezeigt, dass Studierende in ostdeutschen Bundesländern deutlich weniger Geld zu Verfügung haben.» In Hamburg können Studierende mit 1023 Euro haushalten. Das hänge aber auch mit den Lebenshaltungskosten zusammen - in ostdeutschen Bundesländern seien sie viel niedriger.

Nebenjobs finden viele sächsische Studierende mit Unterstützung der Studentenwerke. In Leipzig gibt es seit 1991 eine studentische Jobvermittlung. «Die Angebotspalette reicht von Tagestätigkeiten wie die Arbeit als Umzugshilfe bis zu längerfristigen Tätigkeiten mit dafür notwendigen Fachkenntnissen», erläuterte Michael Mohr vom Studentenwerk Leipzig. Arbeitgeber aus Leipzig und Umgebung können sich beim Onlineportal registrieren und studentische Jobs anbieten. Im Jahr 2017 bekamen so 12 119 Studierenden einen Job.

Anders arbeiten die Career Service Center, die an die sächsischen Universitäten angegliedert sind. «Bei uns geht es eher darum, Studenten einen fachbezogenen Job oder ein Praktikum zu vermitteln, oder den Berufseinstieg zu erleichtern», erklärte Kathy Küchenmeister, stellvertretende Leiterin des Career Service der TU Dresden.

Holm Retsch, Geschäftsführer des Dehoga-Regionalverbands Dehoga in Leipzig sagte: «Studenten werden im Gaststättenbereich immer gebraucht.» Da habe sich auch mit der Umstellung der Diplom- auf Bachelor- und Masterstudiengänge nichts geändert. Ohne Studenten wären viele Bars und Kneipen aufgeschmissen. «Aber das ist kein sächsisches Phänomen. Das gilt für ganz Deutschland», sagte Retsch.

### **Internet:**

- 21. Sozialerhebung dt. Studentenwerk <http://dpaq.de/gB39k>

## **Humboldt-Uni stellt keine Studenten für Arbeit in Bibliotheken mehr ein**

**Berlin (dpa)** - Die Humboldt-Universität (HU) in Berlin stellt nach einem Gerichtsurteil derzeit in Bereichen wie Bibliotheken keine studentischen Hilfskräfte ein. Es könnten bis auf weiteres weder Neueinstellungen vorgenommen noch bestehende Verträge verlängert werden, sagte ein HU-Sprecher am 23. Oktober mit Blick auf Arbeitsfelder wie etwa Verwaltung, IT und Bibliotheken. Zuvor hatte die «Berliner Morgenpost» berichtet.

Wegen Personalmangels als Folge dieser Entscheidung seien die Öffnungszeiten des Grimm-Zentrums eingeschränkt worden; sonntags bleibt die Bibliothek vorerst zu. «Es sind ungefähr zehn Stellen, die dort derzeit wegfallen», sagte der Sprecher. Die Stunden müssten feste Mitarbeiter auffangen. Weitere Einschränkungen in anderen Bereichen der Universität seien nicht ausgeschlossen, hieß es weiter.

Bei rund 500 Stellen im sogenannten nichtwissenschaftlichen Bereich sei angesichts des Urteils unklar, ob sie künftig noch mit Studenten besetzt werden können. «Wir sind sehr an einer baldigen Lösung interessiert», sagte der Sprecher. Laut Senatskanzlei werden Gespräche mit den Uni-Rektoren angestrebt. Bisher ist nur der Einstellungsstopp der HU, nicht aber anderer Universitäten bekannt.

Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg hatte im Sommer die Klage einer studentischen Hilfskraft mit Programmierjob als begründet gesehen, die gegen die Befristung ihres Arbeitsverhältnisses vorgegangen war. Sie forderte eine Vergütung nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes der Länder (TV-L). Das Gericht argumentierte, eine Befristung sei nur dann zulässig, wenn die Tätigkeit der «Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse» diene, zum Beispiel wenn Wissenschaftlern zugearbeitet wird. Kritiker werfen Universitäten vor, dass mit Studenten im günstigeren Hilfskraft-Tarif zum Beispiel Verwaltungsstellen eingespart würden.

### **Internet:**

- PM Landesarbeitsgericht von September <http://dpaq.de/81La1>

### **Hebamme mit Bachelor – Zwischen Kreißsaal und Uni**

**Tübingen (dpa)** - Für den Anfang ersetzt Stoff den Säugling. 30 junge Frauen sitzen in einem Seminarraum. Die eine Hälfte stülpt sich Schals und Jacken unter die Kleidung, die andere befühlt die entstandenen Kugeln. Kichern. «Später stellt Ihr so fest, wie sehr sich die Gebärmutter anspannt», erklärt Dozentin Bettina Duesmann. Später heißt: Wenn die jungen Frauen statt den Pseudo-Schwangerschaftsbäuchen echte abtasten. Seit dem Wintersemester 2018/2019 sind sie Studentinnen der Hebammenwissenschaft - die ersten an der Universität Tübingen.

Und ihre Arbeit ist gefragt, denn bundesweit fehlen Geburtshelfer. Bisher lernten Hebammen ihr Fach vorrangig in einer dreijährigen Ausbildung. Künftig soll das nur noch über einen dualen Hebammenstudiengang möglich sein, wie sie einige Hochschulen bereits anbieten, verkündet Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) Mitte Oktober. Damit will er eine EU-Vorgabe umsetzen, die eine Akademisierung der Hebammenausbildung bis 2020 vorschreibt. Deutschland ist das letzte EU-Mitgliedsland, in dem dies noch nicht so ist.

#### ***Mehr auf Augenhöhe mit dem Arzt***

Ein Vollhochschulstudium wie das in Tübingen gibt es nach Angaben des Deutschen Hebammenverbands (DHV) bundesweit noch nicht. Es unterteilt sich in Vorlesungseinheiten und solche beispielsweise im Simulationskreißsaal - Theorie und Praxis sollen so besser verknüpft werden, sagt Duesmann. Nach sieben Semestern winkt der Bachelor.

Josina Gebhard, 20, setzt einige Hoffnungen in das Studium: «Man kann mit abgeschlossenem Studium mehr auf Augenhöhe mit einem Arzt reden. Außerdem können wir später auch in die Forschung gehen.»

Ihre Ziele dürften Diethelm Wallwiener, Direktor der Tübinger Universitäts-Frauenklinik und kommissarischer Leiter des neuen Studiengangs, gefallen. Seinen Angaben nach will sich die Medizinische Fakultät damit breiter aufstellen und eine internationale Spitzenstellung in der Forschung festigen. «Wir gehen davon aus, dass die Hebammen-Studentinnen nach dreieinhalb Jahren bei uns noch ihren Master machen, eine Doktorarbeit schreiben, sich habilitieren, Spitzenwissenschaftlerinnen werden.»

Von den 122 Bewerberinnen - ein Mann war nicht darunter - bekamen nur die besten Abiturientinnen einen der 30 Studienplätze. Der Numerus clausus lag bei 1,5. Wallwiener hätte deshalb nichts dagegen, würden die 75 Plätze der Tübinger Hebammenschule, an der parallel zum neuen Studiengang der Beruf erlernt wird, künftig ins akademische System überführt.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - HOCHSCHULE

Ob das bis 2020 tatsächlich gelingt, ist ungewiss. Er glaube nicht, «dass Jens Spahn sich Gedanken gemacht hat, was eine Vollakademisierung bis in zwei Jahren kostet», sagt der Mediziner.

Denn während an Hebammenschulen Lehrhebammen die Ausbildung übernähmen, dürften vor Studenten nur Akademiker dozieren. Entsprechend mehr Professoren müssten berufen werden. Bezahlen müsste das Land.

Wie der Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums, Sebastian Gülde, erklärt, wird die Finanzierung der akademischen Hebammenausbildung derzeit in Abstimmung mit den Ländern geprüft.

Unter anderem weil Frauen erst in höherem Alter oder zunehmend mit Begleiterkrankungen Kinder bekommen, wird Wallwiener zufolge die Geburtshilfe komplexer. Akademisierte Hebammen könnten ihren Beruf zudem in allen EU-Mitgliedsstaaten ausüben.

### ***Oftmals hohe Arbeitsbelastung***

Der DHV beklagt seit Jahren einen Mangel an Hebammen in Deutschland. Zahlreiche der rund 2000 Krankenhäuser arbeiten unrentabel und schließen Abteilungen - auch Geburtsstationen.

Der Weg für Schwangere in den Kreißsaal wird länger. Gab es 1991 bundesweit noch 1186 Krankenhäuser mit Geburtshilfe, waren es 2014 nur noch 725. Und auf der «Landkarte der Unterversorgung» meldeten sich bislang etwa 22 500 Schwangere, die keine Hebamme zur Betreuung fanden.

«Unsere Hebammen sagen teilweise pro Tag 30 Leuten ab, das ist sehr frustrierend», sagt DHV-Sprecher Robert Manu. Arbeitsbelastung und -verdichtung seien zudem vielerorts an der Tagesordnung. Das schreckt Leonie Sinclair aus dem ersten Semester nicht. Ihre Mutter arbeitet ebenfalls als Hebamme.

### ***Studie des Deutschen Hebammenverbands***

«Das ist ein Zwiespalt: Der Beruf ist schön, aber es gibt große Probleme», erzählt die 23-Jährige und verweist auf die hohen Haftpflichtversicherungssummen, die Beleghebammen aufbringen müssten. Dabei käme ihr eine freiberufliche Arbeit wegen der flexibleren Zeiteinteilung entgegen, da sie selbst bereits ein Kind hat.

Auch unter den an Krankenhäusern angestellten Hebammen herrscht eine «eklatante Unzufriedenheit» - zu diesem Fazit kommt jedenfalls eine Studie des DHV aus dem Jahr 2015.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - HOCHSCHULE

Die Teilnehmerinnen gaben demnach an, dass sie viele Überstunden und Arbeiten, die eigentlich nicht zu ihrem Berufsbild zählten, erledigen und zu viele Gebärende gleichzeitig betreuen müssten. Auch Dozentin Duesmann beschönigt nicht: «Die Arbeitsdichte nimmt sehr zu.»

**Kathrin Löffler**

### **Internet:**

- Link zur Landkarte der Unterversorgung des Deutschen Hebammenverbands <http://dpaq.de/QLpLT>
- Link zur Landkarte der Kreißsaalschließungen des Deutschen Hebammenverbands <http://dpaq.de/tLANd>
- Link zur Befragung der angestellten Hebammen des Deutschen Hebammenverbands <http://dpaq.de/zplat>
- Link zum Studiengang Hebammenwissenschaft in Tübingen <http://dpaq.de/Mf4Ug>
- Link zur Homepage des Bundesgesundheitsministeriums <http://dpaq.de/68dKt>

## **Wissenschaftsrat überprüft Medizinstudiengang in Oldenburg**

**Oldenburg (dpa)** - Der deutsch-niederländische Medizinstudiengang an der Universität Oldenburg kommt auf den Prüfstand. Der Wissenschaftsrat werde das Studienangebot überprüfen. Die Experten seien dafür auf dem Campus, sagte eine Sprecherin der Universität Oldenburg. Der NDR hatte zuvor über die Evaluierung berichtet. Danach soll der Wissenschaftsrat eine Empfehlung an das Land abgeben, wie die vor sechs Jahren gegründete European Medical School (EMS) verbessert werden kann. Diese wird nach Universitätsangaben voraussichtlich nächsten Sommer vorliegen.

Die Ergebnisse gilt es nach Angaben von Niedersachsens Wissenschaftsminister Björn Thümler (CDU) abzuwarten. Einen Ausbau des Studiengangs hat er jedoch jetzt schon angekündigt. «Die EMS ist ein grenzüberschreitendes Leuchtturmprojekt, das in dieser Form deutschland- und europaweit einmalig ist», sagte Thümler. «Mit ihrer praxisnahen Ausbildung geht die EMS neue Wege und leistet Pionierarbeit zur Lösung des aktuell wichtigen Themas des Hausärztemangels.»

An der European Medical School sind die Universitäten in Oldenburg und im niederländischen Groningen gemeinsam beteiligt. Die Studenten können neben dem Staatsexamen auch einen Bachelor und Master in Medizin machen. Das Ministerium plant, die bestehenden 40 Studienplätze schrittweise um 140 aufzustocken. Die EMS soll dann jährlich 50 Millionen Euro bekommen. Bisher erhält sie im Jahr rund 17 Millionen Euro.

Auch die Medizinstudiengänge in Hannover und Göttingen sollen ausgebaut werden, um den Ärztemangel auf dem Land zu bekämpfen. Der Städ-

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - HOCHSCHULE

te- und Gemeindebund hält das nicht für ausreichend. Er fordert eine Landarztquote: Ein Teil der Studienplätze soll an Bewerber gehen, die nach dem Abschluss einige Jahre auf dem Land arbeiten werden.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates sollten auch helfen, den Oldenburger Studiengang so weiterzuentwickeln, dass er bundesweit konkurrenzfähig sei, betonte Thümler. Dazu müsse auch die Uni beitragen.

Neben dem Wissenschaftsrat will auch der Landesrechnungshof die EMS unter die Lupe nehmen. Dies sei bei einer so großen Investition von Landesmitteln nachvollziehbar, sagte eine Uni-Sprecherin. Die Universität sei auf beide Überprüfungen gut vorbereitet - und zweifle nicht an einem Fortbestand des Studiengangs.

### ***Versorgung mit Hausärzten***

Angesichts von über 400 unbesetzten Arztsitzen in Niedersachsen hat der Städte- und Gemeindebund seine Forderung nach einer Landarztquote erneuert. Mit so einer Quote könnte ein Teil der Medizinstudienplätze ausschließlich an Bewerber vergeben werden, die sich verpflichten, nach ihrem Abschluss einige Jahre auf dem Land zu arbeiten.

«Andere Länder wie Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Bayern lassen diese Chance nicht ungenutzt verstreichen, sondern haben die entsprechende Reform des Zulassungsverfahrens umgesetzt», sagte am 21. Oktober der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Marco Trips.

Die Landesregierung will mit einem Bündel von Maßnahmen die Versorgung mit Hausärzten im ländlichen Raum in Niedersachsen sichern.

Wissenschaftsminister Thümler will den Nachwuchs mit einem Ausbau des Hausarzt-Stipendienprogramms für eine Arbeit jenseits der großen Städte gewinnen. Derzeit werden Studenten mit monatlich 400 Euro gefördert, wenn sie nach dem Studium eine gewisse Zeit als Allgemeinmediziner auf dem Land arbeiten.

Thümler würde gern künftig mehr Geld zahlen, sagte er der «Hannoverschen Allgemeinen Zeitung» (20. Oktober). Außerdem will er bei der Zulassung zum Studium weitere Eignungskriterien ergänzen, etwa damit berufserfahrene Menschen wie Krankenpfleger Zugang bekommen, die aufgrund ihrer Abi-Note keinen Studienplatz bekommen.

Ferner sollen 200 neue Medizinstudienplätze geschaffen werden, 60 in der Außenstelle Braunschweig der Unimedizin Göttingen und 140 in der European Medical School in Oldenburg/Groningen.

### **Internet:**

- Infos zum Studiengang <http://dpag.de/YrJZc>

## **SCHULE**

### **Linke in MV fordert rasche Reaktionen auf hohen Schwund im Lehramtsstudium**

**Schwerin (dpa)** - Als Reaktion auf die jüngste Untersuchung zu Studienabbruchern unter Lehramtsstudenten in Rostock und Greifswald will die oppositionelle Linke Studienvorbereitung und -organisation zum Thema im Landtag machen. «Anstatt die nächste Arbeitsgruppe einzusetzen, sollte Bildungsministerin Birgit Hesse (SPD) endlich handeln. Der Befund ist klar, die Lösungen liegen auf der Hand», sagte Linken-Fraktionschefin Simone Oldenburg am 22. Oktober in Schwerin.

Der kürzlich von Hesse vorgestellten Studie zufolge halten in Greifswald nur 15 Prozent und in Rostock 30 Prozent der Studierenden mit Berufsziel Lehrer an der Regionalen Schule bis zum zehnten Semester durch. Fast die Hälfte streicht demnach schon in den ersten drei Semestern die Segel. Für die mehr als 200 Seiten umfassende Studie waren Studenten befragt worden, die das Lehramtsstudium abgebrochen beziehungsweise das Fach oder die Universität gewechselt haben.

«In der Lehrerbildung an unseren Universitäten muss sich dringend etwas ändern», hatte Hesse bei der Vorstellung der Studie gesagt und die Einsetzung einer Arbeitsgruppe angekündigt. Nach Ansicht Oldenburgs hat die Befragung der Studenten längst bekannte Defizite nur bestätigt. So fehle vielen jungen Leuten zu Beginn des Studiums ein klares Bild, was sie in dem Beruf erwarte und der Praxisbezug setze viel zu spät ein.

«Wir brauchen Eignungsgespräche vor Studienbeginn, Betreuer in den Studienjahren und ein Praxissemester», zählte Oldenburg auf. Zudem kritisierte sie einen Mangel an Ausbildung in Didaktik. Stattdessen würden in der Fachausbildung etwa in Mathematik überzogene Forderungen an die künftigen Lehrer gestellt und das lasse viele aufgeben. «Das Lehrerstudium darf kein Anhängsel der Fachausbildung sein», mahnte Oldenburg.

Die BMV-Fraktion will ebenfalls Bildungsthemen in den Landtag tragen. Nach Angaben von Fraktionschef Bernhard Wildt plädiert seine Partei dafür, die umstrittene Lern-Methode «Lesen durch Schreiben» an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern zu verbieten. «Wir fordern eine Aufklärung aller Schulen über die Risiken dieser nicht wissenschaftlich gesicherten Unterrichtsmethode sowie eine klare Erklärung zur Unzulässigkeit», sagte Wildt.

An zwei Prozent der Schulen im Land finde diese Methode bislang Anwendung. Dabei üben Kinder nicht wie im herkömmlichen Fibelunterricht zunächst Buchstaben und leichte Wörter, sondern schreiben nach einer so-



## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - SCHULE

genannten Anlauttabelle. Jüngste Studien zeigen aber, dass die deutsche Rechtschreibung im Fibelunterricht besser erlernt wird - was andere Bildungsexperten wiederum für eine viel zu pauschale Bewertung halten.

### ***Kein Verbot für Methode «Lesen durch Schreiben»***

Trotz massiver Kritik an der Lern-Methode «Lesen durch Schreiben» bleibt sie an Grundschulen in Mecklenburg-Vorpommern erlaubt. Bildungsministerin Birgit Hesse (SPD) lehnte am 25. Oktober im Landtag ein Verbot ab. Das hatte die oppositionelle BMV-Fraktion in einem Antrag gefordert und auf entsprechende Vorgaben etwa in Hamburg verwiesen.

Die Lehrer an den Grundschulen im Nordosten wüssten am besten, welche Methode für ihre Schüler am geeignetsten sei und würden verantwortungsvoll entscheiden, sagte Hesse. Sie räumte zugleich ein, dass auch sie der Methode skeptisch gegenüberstehe.

Linksfraktionschefin Simone Oldenburg sprach sich ebenfalls entschieden gegen Vorgaben aus. «Niemand darf über pädagogische Methoden im politischen Raum entschieden werden», mahnte sie. Die anhaltend schlechten Deutschkenntnisse bei Schülern im Nordosten hätten ihre Ursache vor allem in einer unzureichenden Zahl von Unterrichtsstunden. Während zu DDR-Zeiten 13 Stunden Deutsch in der Woche unterrichtet wurden, seien es heute noch 6 bis 7. «Mit der Hälfte des Deutschunterrichts kann ich nicht 100 Prozent Erfolg haben», sagte Oldenburg.

## **130 Schulleiterstellen in Berlin unbesetzt**

**Berlin (dpa)** - An Berliner Schulen sind 130 Schulleiter- und stellvertretende Schulleiterstellen unbesetzt. An 90 Schulen dauert die Vakanz schon länger als drei Monate, wie aus der Antwort der Senatsbildungsverwaltung auf eine Anfrage des Abgeordneten Jörn Jakob Schultze-Berndt (CDU) hervorgeht. Ein Grund für die Lücken könnten die Anforderungen an die Anwärter sein. Seit 2013 brauchen Lehrer eine spezielle Qualifizierung, um sich auf das Amt eines Schulleiters zu bewerben.

Dafür können sie Kurse des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (Lisum) besuchen. Dies ist nach Angaben des Abgeordneten Schultze-Berndt der einzige kostenlose Weg für Lehrkräfte, die benötigte Qualifizierung zu erlangen. Allerdings müssten Bewerber eineinhalb bis zwei Jahre warten. «Wir brauchen eine deutliche Kapazitätserweiterung», forderte der CDU-Politiker.

Bernd Jankofsky, Abteilungsleiter für Schul- und Personalentwicklung am Lisum, sieht kein Problem mit der Kapazität des Instituts. Wartezeiten würden meistens im Einvernehmen mit den Bewerbern festgelegt, sagte er.

## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - SCHULE

Für dringende Fälle, wenn zum Beispiel eine Stelle frei sei, gebe es rund sieben Extraplätze in den Kursen. Jankofsky vermutet einen anderen Grund für den Mangel an Schulleitern: «Das Amt hat an Attraktivität verloren.» Während der Kurse stellten manche Bewerber fest, dass der Job nichts für sie sei.

### ***Offene Lehrer-Stellen in Thüringen***

Auch mehr als zwei Monate nach dem Start des neuen Schuljahres sind in Thüringen nicht alle offenen Lehrer-Stellen nachbesetzt. Bis zum 24. Oktober waren noch 51 Stellen unbesetzt, wie das Thüringer Bildungsministerium mitteilte. Es rechnet damit, dass bis Jahresende 832 Lehrer aus dem Schuldienst ausscheiden. Davon seien bislang 781 Stellen nachbesetzt worden. Bildungsminister Helmut Holter (Linke) bekräftigte, dass jede frei werdende Stelle nachbesetzt werden soll.

Den Daten zufolge fehlen vor allem an Regelschulen (16 offene Stellen) und an Förderzentren (14 offene Stellen) Lehrer. Besser sieht es an Grundschulen mit vier nicht besetzten Stellen und an Berufsbildenden Schulen aus, wo noch fünf Lehrer gesucht werden.

Nach Schulamtsbereichen geordnet, zeigt sich der Mangel in Nordthüringen am deutlichsten, wo bezogen auf alle Schularten noch 23 Lehrer fehlen. Im Süden und im Osten des Freistaates sind jeweils elf Stellen unbesetzt, in Mittelthüringen fünf, und im Westen ist nur eine Stelle frei.

Nach Daten der Kultusministerkonferenz (KMK) muss Thüringen mit einer weiteren Verschärfung des Lehrermangels rechnen. Der KMK-Prognose zufolge wird die Not im Jahr 2020 am größten sein, wenn mindestens 350 Lehrer zu wenig für den Schuldienst bereitstehen.

### ***Gewerkschaften fordern deutlich mehr Vertretungslehrer***

Mehrere Bildungsgewerkschaften in Thüringen haben deutlich mehr Vertretungslehrer gefordert und dazu eine erste Vereinbarung mit dem Bildungsministerium unterzeichnet. Demnach soll es eine Personalreserve von mindestens zehn Prozent der Vollzeitstellen für Lehrer, Horterzieher und sonderpädagogische Fachkräften geben, wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Thüringer Beamtenbund (tbb) und der Thüringer Lehrerverband in einer gemeinsamen Erklärung am 25. Oktober mitteilten.

Derzeit gibt es nach GEW-Angaben rund 18 000 Vollzeitstellen in Thüringen - eine Vertretungsreserve müsste den Forderungen nach also rund 1800 Vollzeitstellen umfassen. GEW-Landesvorsitzende Kathrin Vitzthum forderte, die Personalreserve rasch einzuplanen - «am besten schon in Form eines Nachtragshaushalts für 2019».

### ***Jeder achte neue Lehrer in NRW ist ein Quereinsteiger***

Etwa jeder achte neu eingestellte Lehrer in Nordrhein-Westfalen ist ein Seiteneinsteiger. Das geht aus aktuellen Zahlen des Schulministeriums und der fünf nordrhein-westfälischen Regierungsbezirke hervor, die der «Rheinischen Post» (26. Oktober) vorliegen. Trotz der vielen Seiteneinsteiger konnten zum August 2018 nur insgesamt 62 Prozent der Lehrerstellen im Land besetzt werden. Knapp 3700 Stellen blieben offen.

Für das neue Schuljahr wurden in NRW 732 Seiteneinsteiger eingestellt. Im Vorjahr waren es 543. Die meisten von ihnen kommen an Grundschulen zum Einsatz, wo der Lehrermangel besonders stark ausgeprägt ist. Dort dürfen sie Kunst, Musik, Sport und Englisch unterrichten. Auch Berufskollegs und Gesamtschulen greifen der Statistik zufolge besonders gern auf Quereinsteiger zurück.

## **Hessen will Schulleitungen bei Verwaltungsaufgaben entlasten**

**Wiesbaden (dpa)** - Das Land Hessen will in zwei Pilotprojekten erproben, wie es Schulen bei Verwaltungsaufgaben entlasten kann. Die administrativen Herausforderungen seien andere als noch vor einigen Jahren. Verwaltungsaufgaben, etwa bei Inklusion und Integration, seien gestiegen. Eine Entlastung der Verwaltung würde der Unterrichtsqualität zu Gute kommen, sagte Kultusminister Alexander Lorz (CDU) am 22. Oktober in Wiesbaden.

Beim ersten Modell sollen im Landkreis Fulda ab Januar 2019 Arbeitszeiten von existierenden Sekretärinnen verlängert werden. «Wir geben als Land den Anteil dazu, damit diese Stunden aufgestockt werden können», versprach Lorz. Im Mainz-Kinzig-Kreis sollen an zwei Standorten drei vollzeitbeschäftigte Verwaltungsleiter eingestellt werden, die für mehrere Schulen administrative Aufgaben übernehmen können. Das Land übernimmt einen Anteil der Kosten.

Zu den Verwaltungsaufgaben gehören unter anderen die Pflege der Lehrer- und Schülerdatenbank, Budget- und Personalplanung sowie Pflege der Maßnahmen für Schüler mit Anspruch auf sonderpädagogischer Förderung. «Wer ganz normal seinen Unterricht macht, sollte relativ wenig mit Verwaltungsarbeit zu tun haben.

Der Löwenanteil konzentriert sich um die Schulleitung herum. Da setzen die Modelle primär an», erklärte Lorz. Eine Frist für die Pilotprojekte gebe es nicht. Im Laufe des kommenden Jahres will sich das Land eine Position dazu bilden, welches Modell landesweit funktionieren kann.

### **Preis für Frankfurt: Bundesweites Vorbild für Schulbibliotheken**

**Frankfurt/Main (dpa)** - Für Grundschüler in Frankfurt gibt es einen Bücher-rucksack. Der enthält neben Büchern auch Spiele, CDs und andere Medien. Zusammengestellt wird dies von der Frankfurter Stadtbücherei, die mehr als 100 Schulbibliotheken betreut. Knapp 60 000 Schüler erhalten damit - unabhängig von ihrem sozialen oder familiären Hintergrund - Zugang zu Wissen und Literatur. Mit ihren knapp 20 Planstellen gilt die Schulbibliothekarische Arbeitsstelle (sba) über Deutschland hinaus als vorbildlich.

Am 24. Oktober wurde die Stadtbücherei dafür als «Bibliothek des Jahres 2018» ausgezeichnet. Die Anerkennung durch den Deutschen Bibliotheksverband begreift dessen Vorsitzende Barbara Lison auch als politische Botschaft: Denn anders als in Frankfurt ist in anderen Kommunen die Kooperation zwischen großen Büchereien und Schulen alles andere als selbstverständlich.

Eine vor wenigen Wochen veröffentlichte Studie ergab, dass lediglich zwölf Prozent der Ganztagschulen im Primarbereich mit Bibliotheken kooperieren. Damit bleiben die großen Potenziale der Büchereien ungenutzt - zugleich sind die Schulen mit eigenen Lese- und Medienangeboten gerade in digitaler Form oft überfordert.

«Die Leistungen der Schulbibliotheken im Bildungssystem müssen endlich auch in Deutschland anerkannt werden, sagt Lison. In Frankfurt bezieht die sba auch neue Medien selbstverständlich in ihre Arbeit ein. Die Bibliothek hat unter dem Motto «ipäd» eigene Konzepte für den spielerischen Umgang mit Apps auf dem Handy oder dem Tablet erstellt.

Beim Vorlesen wird zugleich das Elternhaus mit speziellen «Eltern-Kind-Abenden» einbezogen - gezielt in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an bildungsfernen Familien. Die Frankfurter Servicestelle wurde bereits 1974 gegründet - bundesweit als eine der ersten. Seitdem wurde sie als Partner der Schulen kontinuierlich ausgebaut. Die Schulen können bei der Bücherei jedes Jahr maßgeschneiderte Medienpakete bestellen.

Neben Fachpersonal arbeiten auch noch 450 Ehrenamtliche mit. Für die Verwendung des Preisgelds von 20 000 Euro - die Stiftung der Deutschen Telekom ist bei der Finanzierung auch mit dabei - hat sich die Stadtbücherei etwas Besondere einfallen lassen. Im kommenden Jahr können Lehrer bei der sba Lernroboter für den Einsatz im Unterricht ausleihen. Diese sollen bei Jungen und vor allem auch bei Mädchen das Interesse an Naturwissenschaften wecken.

**Thomas Maier**

## **VORSCHULE**

### **Niedersächsischer Städtetag fordert Reform der Erzieherausbildung**

**Oldenburg (dpa)** - Mit Blick auf den Fachkräftemangel in Kindertagesstätten hat der niedersächsische Städtetag die Landesregierung aufgefordert, die Erzieherausbildung zu reformieren. «Es ist schlichtweg nicht hinzunehmen, dass das Kultusministerium hier nicht handelt», sagte der Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg, Klaus Mohrs (SPD), bei der Oberbürgermeisterkonferenz des Städtetags am 19. Oktober in Oldenburg. Das Land lasse Kinder, Eltern, Kita-Personal und Kommunen im Regen stehen.

Das niedersächsische Kultusministerium wies das zurück. Die Landesregierung habe das Thema längst auf der Agenda und handele, sagte Sprecher Sebastian Schumacher. So sei sicher, dass das Schulgeld für angehende Erzieherinnen und Erzieher abgeschafft werde. Im Haushaltsplan für 2019 seien dafür 2 Millionen Euro und ab 2020 jährlich 4,8 Millionen Euro vorgesehen. «Das ist ein starkes Signal für mehr Fachkräfte in unseren Kindertagesstätten.» Eine Reform der Erzieherausbildung schüttele man nicht so einfach aus dem Ärmel.

Städtetag-Hauptgeschäftsführer Jan Arning verwies auf die Lage vieler Kommunen. «Wir haben ein Riesenproblem, Personal zu kriegen», sagte er. Einer Untersuchung der Organisation zufolge werden in den kommenden drei Jahren rund 4200 Erzieherinnen und Erzieher zu wenig ausgebildet.

Der Städtetag fordert ein neues Konzept, nach dem Realschülerinnen und Realschüler innerhalb von drei Jahren so ausgebildet werden, dass sie eine Kita-Gruppe leiten können. «Wir wollen möglichst schnell Menschen in den Beruf bekommen», erklärte Arning. Derzeit dauert die Ausbildung zur Erzieherin in Niedersachsen vier Jahre und ist in der Regel unbezahlt.

Auch das muss sich dem Städtetag zufolge schnell ändern. Es sei wichtig, dass die angehenden Erzieherinnen und Erzieher eine Ausbildungsvergütung bekommen, sagte Arning.

Für Menschen, die als Erzieher etwa beim Jugendamt oder in anderen Behörden arbeiten wollen, soll es nach den Vorschlägen des Städtetages nach der dreijährigen Ausbildung weitere Qualifizierungsmaßnahmen geben.

Der Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg und Gastgeber der Konferenz, Jürgen Krogmann (SPD), verwies auf funktionierende Konzepte aus anderen Bundesländern. «Wir müssen das Rad nicht zweimal erfinden», sagte er und verwies auf das Ausbildungsmodell des Landes Mecklenburg-

Vorpommern. Krogmann zufolge werden dort Absolventen mit Realschulabschluss in einem Zeitraum von drei Jahren dazu befähigt, Kinder bis zu einem Alter von zehn Jahren zu betreuen.

### **Protest gegen Kompromiss zur Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt**

**Magdeburg (dpa)** - Die Neuregelung der Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt kann aus Sicht der AWO nur ein Übergangskompromiss sein, der überdacht werden sollte. Ein Schritt zurück sei die Aufweichung des bedingungslosen Ganztagsanspruches von bis zu 10 Stunden für alle Kinder auf nun 8 Stunden Regelbetreuung mit der Möglichkeit des Aufstockens, teilte der Landesverband am 22. Oktober in Magdeburg mit.

Dass Ausfallzeiten für Erzieherinnen berücksichtigt würden, sei positiv - allerdings müssten weitere Entlastungen folgen. Die AWO starte deshalb eine Postkartenaktion, mit der sie den politisch Verantwortlichen ihre Kritik und Befürchtungen erneut näher bringen wolle. Die AWO ist Trägerin von 76 Kitas und Horten. Der Neuregelung des Kinderförderungsgesetzes, das derzeit im Landtag behandelt wird, ist ein Kompromiss der Koalitionspartner von CDU, SPD und Grünen. Zu den wichtigsten Elementen gehört, dass Eltern mehrerer Kinder künftig nur noch für das älteste Kind Kita-Beiträge zahlen. Diesen Punkt hob die AWO ausdrücklich positiv als Einstieg in die Kostenbefreiung von Eltern ein.

### **Mehr Kita-Kinder und Kitas im Südwesten**

**Stuttgart (dpa)** - In Baden-Württemberg sind im laufenden Jahr mehr Kinder in Kindergärten, Krippen und Horte gegangen als im Vorjahr. Auch die Zahl der Einrichtungen sei gestiegen, teilte das Statistische Landesamt mit. In 8915 Kitas wurden demnach zum Stichtag 1. März 433 384 Kinder betreut. Das waren 8921 Kinder (2,1 Prozent) mehr als 2017. Die Zahl der Einrichtungen stieg um 123 (1,5 Prozent).

Knapp zwei Drittel der betreuten Kinder waren im klassischen Kindergarten-Alter von drei bis sechs Jahren. Rund 22 600 Kinder wurden von 6574 Tagesmüttern und -vätern betreut, das waren 109 Tagespfleger weniger als im Vorjahr. Erhöht hat sich laut Statistik die Zahl der betreuten Kinder im Alter unter drei Jahren, sie stieg um knapp vier Prozent auf rund 14 000. Sie machten mehr als 60 Prozent der Kinder in der Kindertagespflege aus.

#### **Internet:**

- Pressemeldung Statistisches Landesamt <http://dpaq.de/WkcNR>
- Pressemeldung Statistisches Landesamt Tagespflege <http://dpaq.de/YvF7I>

### **Große Nachfrage nach Minderheiten- und Regionalsprachen in Kitas**

**Kiel (dpa)** - Fast 200 Kita-Gruppen haben im vergangenen Jahr vom Land Schleswig-Holstein finanzielle Unterstützung für ihre dänische, friesische und niederdeutsche Sprachangebote bekommen. Insgesamt wurden die Angebote für 195 Kita-Gruppen mit 390 000 Euro gefördert, wie aus der Antwort des Sozialministeriums auf eine Kleine Anfrage des SSW-Fraktionschefs Lars Harms hervorgeht. Das Interesse an dem Programm sei groß, wie die Zahlen des Ministeriums zeigten, sagte Harms.

Die Förderung wurde nach SSW-Angaben 2017 noch zu Zeiten der Küstenkoalition auf Initiative des SSW beschlossen und von der Jamaika-Koalition fortgesetzt. Im ersten Jahr der Förderung, 2017, haben 184 Gruppen Zuwendungen in Höhe von insgesamt 360 000 Euro erhalten. Den Löwenanteil verbuchten Kitagruppen in den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde sowie in der Stadt Flensburg, wo die dänische Minderheit und die Volksgruppe der Friesen im Wesentlichen beheimatet sind.

Auch in Lübeck, Dithmarschen und in Ostholstein haben Kitagruppen demnach Fördergelder beantragt. Nach Neumünster, Plön, Pinneberg, Steinburg, Stormarn und Segeberg seien hingegen in beiden Jahren keine Mittel geflossen, sagte Harms. «Dies kann nur bedeuten: Entweder wird dort noch keine frühkindliche Sprachbildung in Niederdeutsch angeboten, oder es wurden hierfür keine Mittel beantragt. Beides wäre schade, denn es befinden sich noch ungenutzte Mittel im Fördertopf.»

#### **Internet:**

- Kleine Anfrage und Antwort der Landesregierung <http://dpaq.de/oL3f0>

## **URTEILE**

### **Sozialgericht kritisiert fehlenden Unfallschutz auf dem Weg zur Kita**

**Celle (dpa)** - Der Versicherungsschutz bei der Arbeit von zu Hause aus weist nach Auffassung des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen erhebliche Lücken auf. So sollten bei Unfällen auf dem Weg vom Home-Office in die Kita mögliche Schäden, die die Erwerbsfähigkeit mindern könnten, demnach privat absichert werden, sagte Gerichtssprecher Carsten Kreschel in Celle zu einem am 22. Oktober veröffentlichten Urteil (AZ: L 16 U 26/16).

Konkreter Anlass für den Hinweis ist der Fall einer Mutter aus Peine, die von zu Hause aus für ein Braunschweiger Unternehmen arbeitete. Auf dem Rückweg vom Kindergarten rutsche sie bei Blitzeis mit ihrem Fahrrad aus und brach sich den Ellenbogen. Die komplizierte Behandlung nach dem Unfall im Jahr 2013 kostete etwa 19 000 Euro.

Die Krankenkasse bezahlte, forderte das Geld aber von der Berufsgenossenschaft zurück. Diese hielt sich nicht für zuständig, weil kein Arbeits- oder Wegeunfall vorliege, sondern ein privater Heimweg. Diese Auffassung bestätigte das Gericht in einem Urteil Ende September. Sind Wohnung und Arbeitsplatz in einem Gebäude, ist der Weg zum Kindergarten laut Gericht privat.

Ob der Versicherungsschutz angesichts zunehmender Arbeit aus dem Home-Office erweitert werde, könne allein der Gesetzgeber entscheiden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig; wegen der grundsätzlichen Bedeutung ließ das Landessozialgericht die Revision zum Bundessozialgericht zu.

**Internet:**

- Gerichtsmittelung <http://dpag.de/kKluW>

### **Gericht: Forscherin darf vorläufig wieder Tierversuche machen**

**Münster (dpa)** - Einer Wissenschaftlerin der Uniklinik Münster darf nicht länger das Halten und Betreuen von Tieren für Tierversuche untersagt werden. Das hat das Oberverwaltungsgericht Münster entschieden und damit einen Eilbeschluss aus der ersten Instanz verworfen, wie das OVG am 26. September mitteilte.

2017 waren im Keller der Hautklinik 36 Käfige mit 77 Versuchsmäusen entdeckt worden, für die es keine Genehmigung gab. Das Veterinäramt der Stadt hatte daraufhin der Forscherin per Ordnungsverfügung das Halten



## **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - URTEILE

von Tieren untersagt. An der Rechtmäßigkeit des Verbots äußerte das OVG allerdings Zweifel (Az.: 20 B 569/18).

Die Verantwortung für den schlechten Zustand der Tiere und ihr Leiden sei von der Stadt der Klägerin zugeschrieben worden. Ob diese Annahme zutrefte, sei aber zweifelhaft und in einem Eilverfahren nicht abschließend zu klären, so das Gericht. Es bleibe offen, ob der Forscherin auch tierschutzrechtliche Verstöße anzukreiden seien. Immerhin habe die Klägerin ihre Mitarbeiter angewiesen, die Tiere täglich zu kontrollieren und über Auffälligkeiten zeitnah zu informieren.

Die Prognose der Stadt, dass die Forscherin weiterhin Regeln brechen werde, sei nicht hinreichend untermauert. Die Klägerin habe bereits viele Tierversuche geleitet, aber es habe erst 2017 die erste Beanstandung gegeben. Das Risiko, dass die Klägerin erneut gegen Regeln verstoßen könnte, ist laut Gericht auch deshalb eher gering, weil die Uni Münster in der Zwischenzeit die Kontrollen verschärft hat. Der Eilbeschluss des OVG ist nicht anfechtbar. Abschließend muss die Frage in einem Hauptverfahren geklärt werden.

### **Internet:**

- Mitteilung <http://dpaq.de/WsadQ>

## **Landkreis muss für Schülerbegleitung auf Klassenfahrt zahlen**

**Halle (dpa)** - Brauchen Schüler auf Klassenfahrt eine eigene Begleitperson, muss der Landkreis dafür die Kosten übernehmen. Das hat das Verwaltungsgericht Halle entschieden. Im konkreten Fall ging es um zwei Schüler einer Grundschule und eines Gymnasiums im Saalekreis. Beide leiden am Asperger-Syndrom, einer Variante des Autismus', wie das Gericht am 9. Oktober mitteilte.

Für Klassenfahrten hatten die Eltern die Übernahme der Kosten für eine Begleitperson beim Landkreis beantragt. Der lehnte mit der Begründung ab, die Eltern seien im Rahmen ihrer elterlichen Beistandspflicht selbst für die Begleitung auf eigene Kosten zuständig. Das Gericht entschied jedoch, dass diese im Gesetz festgelegte Beistandspflicht nicht so weit reicht.

Die Begleitung eines Kindes auf einen mehrtägigen Schulausflug gehe über das hinaus, was Eltern leisten müssten, urteilten die Richter. Zudem diene die Begleitung auch der Integration des Kindes in die Klasse. Die Kosten für die Begleitung seien deshalb vom Landkreis zu tragen (Az.: 7 A 149/19 Hal und 7 A 55/17 HAL)

### **EuGH untersagt Befristung von Opern- und Orchesterverträgen in Rom**

**Luxemburg (dpa)** - Tänzer und Musiker bei öffentlichen Kultureinrichtungen sind wie andere Arbeitnehmer davor geschützt, immer wieder nur befristete Verträge zu bekommen. Dies entschied der Europäische Gerichtshof am 25. Oktober in einem Rechtsstreit um sogenannte Kettenbefristungen von Opern- und Orchesterangestellten in Rom (Rechtssache C-331/17).

Konkret ging es in dem Fall um eine Balletttänzerin, die im Rahmen mehrerer befristeter Verträge angestellt war. Die Richter sahen für diese Befristung jedoch keinen sachlichen Grund. Weder der öffentliche Charakter der italienischen Stiftungen für Oper und Orchester, noch die Tatsache, dass es in dieser Branche traditionell befristete Verträge gebe, rechtfertigten solche Arbeitsverhältnisse.

In Deutschland hatte das Bundesverfassungsgericht erst im Juni das gesetzlich verankerte Verbot einer grundlosen Befristung bestätigt. Ausnahmen seien nur dann möglich, wenn keine Gefahr einer sogenannten Kettenbefristung bestehe, eine Vorbeschäftigung sehr lange zurückliege oder von kurzer Dauer gewesen sei.

#### **Internet:**

- EuGH-Mitteilung <http://dpaq.de/976Ew>

### **Pensionierte Lehrerin muss 15 000 Euro Geldauflage zahlen**

**Düsseldorf (dpa)** - In Düsseldorf ist ein Betrugsprozess gegen eine pensionierte Lehrerin gegen Zahlung von 15 000 Euro eingestellt worden. Das hat das Amtsgericht am 18. Oktober mitgeteilt. Die 67-Jährige hatte gestanden, aufgrund eines Abrechnungsfehlers des Besoldungsamts bis zur Pensionierung über 94 000 Euro zu viel Gehalt kassiert zu haben.

Als Beamtin wäre sie verpflichtet gewesen, das Amt auf den Fehler hinzuweisen. Neben dem Geständnis hielt das Gericht der Frau zugute, dass sie alles zurückgezahlt und nicht aktiv betrogen habe. Trotz ihres Wechsels in die Altersteilzeit war ihr das volle Gehalt weitergezahlt worden.

### **Nacktfotos gegen gute Noten: Strafbefehl für Lehrer**

**Braunschweig/Salzgitter (dpa)** - Für ein Nacktfoto einer 14-jährigen Schülerin soll ein Lehrer dem Mädchen per Chat eine bessere Note angeboten haben. Die Schülerin schickte ihm dann nach Angaben der Staatsanwaltschaft Braunschweig noch ein weiteres Bild, um ein angedrohtes Elterngespräch zu verhindern. Gegen den 37-Jährigen wurde ein Strafbefehl mit einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten zur Bewährung erlassen, teilte die Ermittlungsbehörde am 16. Oktober mit. Dem Lehrer sei auch die Zahlung von 5000 Euro auferlegt worden.

Nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft soll der Realschullehrer aus Niedersachsen mit mehreren Schülerinnen Chatnachrichten geschrieben haben. Zwei Mädchen soll er dabei auch bessere Noten für Gefälligkeiten wie Küsschen angeboten haben. «Die beiden Schülerinnen gingen auf diese Angebote aber nicht ein», berichtete der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Christian Wolters. Diese Verfahren wurden nach seinen Angaben angesichts der schwerer wiegenden Vorwürfe eingestellt.

Gegen den Strafbefehl im Fall der 14-Jährigen wegen Bestechlichkeit in zwei Fällen hat der Lehrer Einspruch eingelegt. Es könnte daher eine öffentliche Verhandlung zu den Vorwürfen geben. Ein Sprecher der Landesschulbehörde in Lüneburg teilte mit, dass der Pädagoge von seinen schulischen Aufgaben freigestellt sei und derzeit nicht unterrichte. Gegen den Beamten laufe ein Disziplinarverfahren. Die Schulbehörde hatte die Anzeige selbst gestellt, nachdem dort eine entsprechende Meldung eingegangen war.

## TERMINE

### Oktober 2018

29. Osnabrücker Firmenkontaktmesse CHANCE 2018, Professional School, Hochschule Osnabrück, Info: <http://dpaq.de/ZDvv8>
29. Internationale Tagung zum Thema „Anton Wilhelm Amo – Vom Sklaven zum Gelehrten“, Universität Halle-Wittenberg, Halle, Info: <http://dpaq.de/oNNpj> , (bis 31.)
30. Tagung zum Thema „Die Studieneingangsphase im Umbruch – Von der Vielfalt an Angeboten zu einem Modell?“, HRK und Universität Hamburg, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/Plm7Z>
31. 62. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe, Berlin, Info: <http://dpaq.de/koPZ1>, (bis 3.)

### November 2018

01. Auftakt zur zweisemestrigen Vortragsreihe aus Anlass der Gründung des Bauhauses, Titel: „Bauhaus aus Frankfurter Sicht“, 2019 jährt sich die Gründung zum 100. Mal, jeweils donnerstags im Deutschen Architekturmuseum (DAM), Info: <http://criticalarchitecture.org>
06. Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz, Lüneburg, Info: +49 (0) 228 887-153
06. "The RTO Innovation Summit" zum Thema „Creating Impact Through Research“, Fraunhofer Gesellschaft, Brüssel, Info: <http://dpaq.de/7DLMq> , (bis 7.)
06. Kongress zum Thema „Digitaler Kapitalismus – Alle Macht den Konzernen?“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/Nqo42> , (bis 7.)
07. Runder Tisch Bildung für nachhaltige Entwicklung in Brandenburg, Stiftung Bildung (noch keine weiteren Informationen)
07. 4. Science Slam „Wissenschaft auf die Bühne“, Universität Erfurt, Erfurt, Info: <http://dpaq.de/0Kugk>
08. 236. Amtschefkonferenz, Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: <http://dpaq.de/pZTqB>
08. Verhalten in digitalen Umgebungen. Workshop über aktuelle Trends in der Computational Social Science, Sozialwissenschaftliches Methodenzentrum, Universität Bremen und DFG, Bremen, Info: <http://dpaq.de/OfIYC> , (bis 10.)
09. Internationale Tagung „Falling Walls Conference“, u.a. zu den Themen, Abfallrecycling, Gentechnik und Trauma-Forschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/ChOuC>

# dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - TERMINE

09. 1. Wissenschaftliche Konferenz Schulverpflegung zum Thema „Schulverpflegung neu denken – Essen, was schmeckt – Foodchain für die Schulumensa?“, Deutsches Netzwerk Schulverpflegung e.V. (DNSV) und das Kompetenzzentrum Schulverpflegung an der Universität Vechta, Oytten bei Bremen, Info: <http://dpaq.de/f8UNh>
10. Fachtagung zum Thema „Ich sehe was, was du nicht siehst – Beobachtung und Dokumentation als Fundament für das pädagogische Handeln“, Frühkindliche Bildung, Universität Rostock, Info: <https://www.sopaed.uni-rostock.de/institut/das-iser/kompetenzzentrum-inklusiontransition-kit/termine/fachtag-2018/>
11. 14. Deutsche Konferenz zur Chemieinformatik, Gesellschaft Deutscher Chemiker e.V., Mainz, Info: <http://dpaq.de/cUBqj> , (bis 13.)
14. Konferenz zum Thema „Wenn Roboter denken – Eine interdisziplinäre Sicht auf intelligente Automation“, Technische Hochschule Aachen, Münster, Info: <http://dpaq.de/wGzIF> , (bis 16.)
16. Deutscher Lehrertag zum Thema „Neue Wege gehen?“, Verband Bildung und Erziehung (VBE), Dortmund, Info: <http://dpaq.de/2Q62F>
17. Praxis-Workshop zum Thema „Selbstmotivation von Schülern wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/1sYtz>
19. Revision Summit zum Thema „Humanistische Werte im Kontext zu neuen Technologien“, Revision-Netzwerk, Berlin, Info: <http://dpaq.de/Hfyik> , (bis 20.)
21. 3. Deutscher Ausbildungsleiterkongress zum Thema „Duale Ausbildung geht in Führung“, Verband Bildung und Erziehung, Düsseldorf, Info: <http://dpaq.de/Mn2Fz> , (bis 23.)
21. Kongress zum Thema „Wandelbarer Campus der Zukunft“, Congress Presse, München, Info: <http://dpaq.de/mUota> , (bis 22.)
22. Jahrestagung 2018 des Universitätskollegs QPL: Diversität als Chance. Universität Hamburg, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/2SqPr> (bis 23.)
27. Fachtagung zum Thema „Digitale Bildungsoffensive – mit qualitätsvollen Internetseiten für Kinder“, Projektbüro Seitenstark, Berlin, Info: <http://dpaq.de/3PDYa> , (bis 28.)
29. Internationale Tagung zum Thema „Inklusion, Integration, Differenzierung – Behinderung in Literatur, Film und szenischen Künsten“, Universität Passau, Passau, Info: <http://dpaq.de/GuRCa> , (bis 2.12.)
29. Praxis-Workshop zum Thema „Begeisterung für Mathe wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/n499X>
30. Info-Veranstaltung zum Thema „Karriereweg zur Professorin bzw. zum Professor an einer Hochschule für Angewandte Wissenschaften“, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/sykHz>

# dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - TERMINE

## Dezember 2018

04. 79. Ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerkes, Berlin, Info: [stefan.grob@studentenwerke.de](mailto:stefan.grob@studentenwerke.de)
05. Internationale Konferenz Online Educa, Berlin, Info: <http://dpaq.de/wjQ8K> , (bis 7.)
05. 18. Kongress der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin zum Thema „Qualität und Patientensicherheit“, Universität Hamburg, Leipzig, Info: <http://dpaq.de/5Gq8n> , (bis 7.)
06. Konferenz zum Thema „Wie frei sind die Hochschulen - Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft“, ZEIT Konferenz Hochschule & Bildung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/bK88R>
06. 364. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462
07. Fachtagung zum Thema „Discourse and Information Structure“, Universität Münster, Münster, Info: <http://dpaq.de/OHVyc> , (bis 8.)
10. IT-Tage 2018, Magazin „Informatik Aktuell“, Frankfurt/Main, Info: <http://dpaq.de/W5MuK> , (bis 13.)
12. Internationale Konferenz zum Thema „Vulnerable Kindheit“, Universität Frankfurt/Main, Frankfurt/Main, Info: +49 69/798-23482, (bis 14.)
13. Internationale Fachkonferenz zum Thema „Hannah Arendt: Herausforderungen der Pluralität“, Universität Paderborn, Paderborn, Info: <http://dpaq.de/wQguf> , (bis 15.)

# dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - TERMINE

Inhalt (gesamt)

## AKTUELLES

Bildung der Eltern entscheidet über Schulerfolg der Kinder .....	2
Bericht: Viel zu wenige Kitaplätze für die ganz Kleinen .....	4
Mehr Kinder mit psychischen Problemen in Therapie .....	6
Ministerpräsidentenkonferenz ringt um Einigkeit bei Digitalpakt .....	7
YouTube-Chefin ruft zu Protest gegen EU-Urheberrechtspläne auf .....	9
Humboldt Forum stellt Highlights vor .....	10
Startup-Monitor: NRW überholt Berlin .....	11
Kurznachrichten.....	12

## KULTURPOLITIK

Ärger vor dem Jubiläum - Debatte um Bauhaus .....	13
20 Jahre Bundeskulturbeauftragte(r).....	15
Europäer wollen Kunstwerke nach Nigeria ausleihen .....	16

## BERUF UND WEITERBILDUNG

Tausende Flüchtlinge finden Jobs .....	18
Prognose: Mehr unbesetzte Lehrstellen in NRW .....	19

## FORSCHUNGSPOLITIK

«Probenspeicher der Superlative» .....	21
Europäische Weltraumorganisation: «Klarer Kurs» gegen US-Konkurrenz.....	22
Google verzichtet auf Campus in Berlin .....	24
Preis für Tierversuchs-Alternativen .....	25

## HOCHSCHULE

Viele Studenten in Sachsen müssen jobben .....	26
Humboldt-Uni stellt keine Studenten für Arbeit in Bibliotheken mehr ein .....	27
Hebamme mit Bachelor – Zwischen Kreißsaal und Uni.....	28
Wissenschaftsrat überprüft Medizinstudiengang in Oldenburg .....	30

## SCHULE

Linke in MV fordert rasche Reaktionen auf hohen Schwund im Lehramtsstudium ....	32
130 Schulleiterstellen in Berlin unbesetzt .....	33
Hessen will Schulleitungen bei Verwaltungsaufgaben entlasten .....	35
Preis für Frankfurt: Bundesweites Vorbild für Schulbibliotheken .....	36

## VORSCHULE

Niedersächsischer Städtetag fordert Reform der Erzieherausbildung .....	37
Protest gegen Kompromiss zur Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt.....	38
Mehr Kita-Kinder und Kitas im Südwesten .....	38
Große Nachfrage nach Minderheiten- und Regionalsprachen in Kitas .....	39

## URTEILE

Sozialgericht kritisiert fehlenden Unfallschutz auf dem Weg zur Kita .....	40
Gericht: Forscherin darf vorläufig wieder Tierversuche machen.....	40
Landkreis muss für Schülerbegleitung auf Klassenfahrt zahlen .....	41

# **dpa-Dossier Bildung Forschung**

Nr. 44/2018 29. Oktober 2018 - TERMINE

EuGH untersagt Befristung von Opern- und Orchesterverträgen in Rom .....	<b>42</b>
Pensionierte Lehrerin muss 15 000 Euro Geldauflage zahlen .....	<b>42</b>
Nacktfotos gegen gute Noten: Strafbefehl für Lehrer .....	<b>43</b>
<b>TERMINE</b> .....	<b>44</b>



## IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

### Impressum

#### dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

Vors. des Aufsichtsrates: David Brandstätter  
Geschäftsführer: Peter Kropsch (Vors.), Matthias Mahn, Andreas Schmidt

Mittelweg 38  
20148 Hamburg

Postfach 13 02 82  
20102 Hamburg

Telefon: 040 4113-0  
E-Mail: info@dpa.com

Eingetragen beim Handelsregister Hamburg,  
HRB 68431

Ust-IdNR: DE 118543436

Inhaltlich verantwortlich:

Inhaltlich verantwortlich ist der jeweils auf Seite 1  
genannte Redakteur.

Wenn Sie Interesse an weiteren Produkten ha-  
ben, wenden Sie sich einfach an den dpa-  
Vertrieb.

E-Mail: dossiers-termine@dpa.com  
Telefon: (040) 4113-32521

### Hinweise

© dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH.

Alle Inhalte dieser Ausgabe sind urheber- und  
leistungsschutzrechtlich geschützt.  
Jegliche Nutzung außer zur eigenen Information,  
ist ohne ausdrückliche Zustimmung der dpa un-  
zulässig.

Dies gilt insbesondere für die ganze oder teilwei-  
se Veröffentlichung, Vervielfältigung, Weitergabe,  
Bearbeitung oder Einspeisung in elektronische  
Systeme.

Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Alle in diesem Produkt gemachten Angaben wur-  
den mit größter Sorgfalt recherchiert. Dennoch  
übernimmt die dpa keine Gewähr für die Richtig-  
keit. Eine Haftung für Schäden, einschließlich  
entgangenen Gewinns, welche in Verbindung mit  
den in diesem Produkt genannten Inhalten eintre-  
ten sollten, ist ausgeschlossen.